Homo- und queerpolitische Dynamiken und Gentrifizierungsprozesse in Berlin

Zülfukar Çetin

»Eine Begegnung von Muslimen und Homosexuellen in einer Moschee wird abgesagt«, beginnt ein Bericht der *taz,* um den vermeintlich gescheiterten Versuch eines Treffens zwischen LSBTI-Repräsentant_innen und Vertreter_innen der Berliner Şehitlik-Moschee zu skandalisieren (vgl. Wierth, 2014).

Jenseits solcher Skandalisierung geht dieses Kapitel[10] auf homonationalistische Tendenzen und damit einhergehende Transformationsprozesse in der Stadtteilpolitik deutscher Großstädte am Beispiel von Berlin ein. Analog zu dem von Birgit Rommelspacher (1945–2015) geprägten Konzept der *Dominanzkultur* (vgl. Rommelspacher, 1995) wird der Versuch unternommen, das Konzept des Homonationalismus unter die Lupe zu nehmen und zu erläutern, wobei hier kein Anspruch auf vollständige Übertragbarkeit der beiden Konzepte erhoben wird.

Rommelspacher geht von Zusammen- und Wechselwirkungen der rassistischen, heterosexistischen und klassenspezifischen Dominanzverhältnisse aus. Ihr zufolge soll eine Gesellschaftsanalyse »unterschiedliche Machtdimensionen« als »im Sinne eines *Dominanzgeflechts* miteinander verwoben« betrachten (Rommelspacher, 2006, S. 3). Rassismus, Heteronormativität und Klassenherrschaft beeinflussen und bedingen sich gegenseitig und verstärken sich beim Praktizieren von

10 Dies ist die aktualisierte und deutlich erweiterte Fassung eines Beitrags, der 2015 in dem Sammelband *Dominanzkultur reloaded: Neue Texte zu gesellschaftlichen Machtverhältnissen* erschienen ist (vgl. Çetin, 2015b).

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Aus- und Einschlüssen in den sozialen Räumen wie im Wohn- und Arbeitsbereich oder in den Institutionen des Staates und der Stadtverwaltung. Auch in der sogenannten Zivilgesellschaft, die sich in die Sozialpolitik einbringt und damit zwangsläufig Einfluss auf sie nimmt, begegnet man der Verwobenheit der genannten Machtdimensionen.

Rommelspacher geht in ihren langjährigen Gesellschaftsanalysen sozialen Ungleichheiten auf den Grund. Um das Wirken der Dominanzkultur zu veranschaulichen, stellt sie den westlichen universalistischen Gleichheitsanspruch infrage und dekonstruiert ihn am Beispiel des weiß-feministischen Emanzipationsdiskurses. Dieser geht von der Unterdrückung der nicht-weißen Frauen in einer (konstruierten) muslimischen Welt aus, während er die weiß-europäischen Frauen als emanzipiert bzw. als Kontrast zu ihnen herstellt. In diesem Diskurs wird dem Westen ein »überlegener, zivilisierter« Status zugeschrieben, während der »Rest der Welt« als »unzivilisiert« und »rückständig« deklariert wird (vgl. auch Hall, 1992; Attia, 2009; Prasad, 2014; Shooman, 2014). Parallel zum weiß-feministischen Emanzipationsdiskurs rund um das Thema der »unterdrückten muslimischen Migrantin« wird der Diskurs der »von ihren eigenen Communities verfolgten und diskriminierten muslimischen Schwulen« nach wie vor gepflegt. In beiden Fällen geht es um die Konstruktion der Unsichtbarkeit der »muslimischen« Migrantin und des »muslimischen« Schwulen.

Unsichtbar gemacht werden in diesem Emanzipationsdiskurs die Widersprüche des weißen Feminismus, der sich zwar gegen Unterdrückung muslimischer oder als muslimisch markierter Frauen einsetzt, aber in seinem feministischen Engagement nicht nur Rassismus gegenüber muslimischen Männern reproduziert, sondern auch gegenüber Frauen, die aufgrund der (vermeintlichen) Religions- und Kulturzugehörigkeit zu passiven, nicht-handelnden, gebärenden, zu befreienden Figuren gemacht werden. Ein weiterer Widerspruch des weißen Feminismus manifestiert sich in der Ausblendung (im Rahmen dieses Diskurses) der Sexismus-Erfahrungen auch weißer, gebildeter und erwerbstätiger Frauen, die sie in ihren Partnerschaften, Arbeitsverhältnissen und anderen gesellschaftlichen Bereichen machen müssen. Der weiße Feminismus versäumt es in seinem Emanzipationsdiskurs auch, die Rassismus-Erfahrungen der als nicht-emanzipiert konstruierten muslimischen Frauen anzuerkennen. Birgit Rommelspacher zufolge weist

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

der Begriff der Emanzipation weitere Unstimmigkeiten in Bezug auf seinen politischen Anspruch auf:

> »Zum einen stützt er die Hierarchisierung zwischen Frauen und zum anderen befördert er durch die Ausblendung anderer Machtverhältnisse, wie [...] der ethnischen Hierarchie, eine Illusion von Emanzipation, die der Frage nach der Umverteilung im Geschlechterverhältnis aus dem Weg geht [...] Für die Frauen der Mehrheitsgesellschaft sichert er nicht nur den eigenen Aufstieg ab, sondern entlastet auch das eigene Geschlechterverhältnis, indem die Konflikte gewissermaßen ausgelagert werden« (Rommelspacher, 2009a, S. 4).

In diesem Zusammenhang zeigt Rommelspacher die Verstrickungen unterschiedlicher Dominanzverhältnisse in postkolonialen, durch Patriarchat, Klassenherrschaft und Rassismus bestimmten Gesellschaftsstrukturen auf. In diesen Dominanzverhältnissen sind, wie im Folgenden dargestellt werden soll, die Zivilgesellschaft, der Staat, die Wissenschaft und die Medien miteinander verzahnt, im Sinne von Allianzen für die Fort- und Durchsetzung eines Emanzipationsauftrages, zu dessen Erfüllung rassistisch geprägte Migrations-, Geschlechter- und Sexualpolitiken praktiziert werden.

Kritische feministische Akademikerinnen wie Nivedita Prasad und Esra Erdem greifen die Diskurse bezüglich der migrationspolitischen Situation der als Migrantinnen und Musliminnen markierten Frauen auf und konstatieren, dass der weiß-feministische Emanzipationsdiskurs in der BRD nicht nur medial gepflegt wird, sondern gleichzeitig sowohl die Soziale Arbeit als auch die Sozialpolitik und die Sozialforschung beeinflusst. Sie zeigen in ihren wissenschaftlichen Arbeiten auf, zu welchen besorgniserregenden (aufenthalts-)rechtlichen Konsequenzen der weiß-feministische Emanzipationsdiskurs führt (vgl. Prasad, 2014; Erdem, 2009). Auch Rommelspacher stellte in ihrer Forschung fest, dass sich seit dem »Kopftuchurteil« im Jahr 2003 die Debatte um die Emanzipation der muslimischen Frauen ausgeweitet hatte und noch grundsätzlicher wurde. Themen wie »Zwangsheirat, Ehrenmord und männliche Gewalt« waren immer häufiger der Anlass, die Frage zu stellen, ob *der* Islam überhaupt mit westlichen Demokratien vereinbar sei, und es wurde – und wird weiterhin – immer eindringlicher vor

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

den Einflüssen der Islamisten auf die westlichen Gesellschaften gewarnt (Rommelspacher, 2009a, S. 1).

Im Jahr 2007 wurde beispielsweise das Aufenthaltsgesetz unter anderem dahingehend verschärft, dass Heiratsmigrant_innen aus sogenannten Drittstaaten vor der Einreise nach Deutschland Deutschkenntnisse vorweisen müssen. Im Rahmen dieser Gesetzesänderung wurde außerdem das Mindestalter für Heiratsmigrant_innen erhöht, um vermeintliche Zwangsverheiratungen zu verhindern (vgl. Prasad, 2014, S. 97). Diese Verschärfung des Gesetzes entsprach außerdem den Forderungen der »hegemonial-feministischen Vertreterinnen der Zivilgesellschaft« (ebd., S. 97). Insbesondere die Studie *Zwangsverheiratung in Deutschland – Anzahl und Analyse von Beratungsfällen,* die 2007 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Zusammenarbeit mit der weiß-feministischen Organisation *Terre des Femmes* durchgeführt worden war (vgl. ebd., S. 96), wurde zur Begründung der Neuregelung herangezogen und förderte kulturalistische, rassistische und genderspezifische Diskussionen über Integration, Zivilisation oder Modernität in Deutschland. Im Zuge dieser Auseinandersetzungen wurde der weiße Feminismus zu einem hegemonialen Feminismus, der die bundesrepublikanische Gesellschaft auf Grundlage der (post-)christlich-westlichen Werte für aufgeklärt, fortgeschritten und menschenfreundlich erklärte und als durch die muslimisch geprägten Migrant_innen bedroht imaginierte (vgl. Çetin & Taş, 2014; Prasad, 2014).

Parallel zum weiß-feministischen Emanzipationsdiskurs, der trotz seiner Widersprüche einen universalistischen Repräsentationsanspruch für alle Frauen geltend macht und dadurch die »freiheitlich-demokratischen« Werte der weiß-europäischen Gesellschaften zur Norm erhebt, entwickelt sich im Westen spätestens seit den 2000er Jahren ein antimuslimisch-rassistischer Homophobie-Diskurs (vgl. Çetin, 2012, S. 73ff.).

In der Studie *Homophobie und Islamophobie* (vgl. ebd.) konnte dieser Diskurs anhand der biographisch-narrativen Interviews mit binationalen schwulen Paaren analysiert und die Verschränkung von Rassismus und Heteronormativität unter Berücksichtigung der in Europa vorherrschenden Antidiskriminierungspolitik aufgezeigt werden. Zur Analyse der mehrdimensionalen Diskriminierung wurden die Interviewpartner ausgewählt, deren Mehrfachzugehörigkeiten, wie zum Beispiel *schwul,*

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

muslimisch, migrantisch und erwerbslos, diese Diskriminierungen begünstigen. Eine der zentralen Fragestellungen der Studie galt den Auseinandersetzungen mit den Situationen und Kontexten, in denen sich Heteronormativität, Rassismus und Klassenherrschaft überschneiden und die Lebenslage der Interviewten im besonderen Maße bestimmen. Aus der Studie ergab sich, dass die Interviewten Diskriminierungen aufgrund von rassistischen Zuschreibungen, der zugeschriebenen religiösen Zugehörigkeit, des institutionellen Rassismus, von Homophobie sowie aufgrund des sozialen Status erfahren (vgl. ebd.). Sie konnte belegen, dass die Diskriminierung gesellschaftlich und geschichtlich bedingt ist und die gegenwärtige Situation einer Gesellschaft, in der die Migration nicht mehr ignoriert werden kann, sehr stark beeinflusst. Die Studie stellte außerdem die Legitimationsformen der vor allem rassistischen Diskriminierungen und die Untauglichkeit einer Antidiskriminierungspolitik bei der Bekämpfung institutioneller und alltäglicher (mehrdimensionaler) Diskriminierungen in der BRD dar. In dieser Antidiskriminierungspolitik der 2000er Jahre wurden jetzt gemeinsam »die Rechte von (heterosexuellen) Frauen und (männlichen) Homosexuellen« gegen nicht-christlich-westliche Bevölkerungsgruppen verhandelt (Yılmaz-Günay [Hrsg.], 2014 [2011], S. 8). Die medialen, politischen und akademischen Diskussionen über »Frauen- und Homosexuellenrechte« zielten darauf, den eigenen Zugang zu Privilegien in der Gesellschaft zu sichern und bestimmte Gruppen, die als Kontrast zu den »christlich-westlichen« Normen angesehen werden, von symbolischen und materiellen Ressourcen auszuschließen (vgl. Rommelspacher, 2009b, S. 25).

Als ein grundlegendes Problem in der Emanzipationsdebatte stellt Birgit Rommelspacher fest,

> »dass auch die Forderung nach Menschenrechten der Legitimation von Dominanzverhältnissen dienen kann – nämlich dann, wenn eine bestimmte Form ihrer Umsetzung über unterschiedliche gesellschaftliche Strukturen und soziale Kontexte hinweg für alle als verbindlich erklärt wird. Demgegenüber scheint es sinnvoller, die Möglichkeiten und Grenzen von Freiheit und Selbstbestimmung je nach sozialem und kulturellem Kontext genauer zu betrachten und sowohl Chancen als auch Risiken zu sehen, die z .B. eine Strategie der Geschlechterdifferenz wie auch die der Geschlechtergleichheit in sich birgt« (Rommelspacher, 2009a, S. 15).

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Im Kontext des universalistischen Menschenrechts- und vor allem des weiß-feministischen Emanzipationsdiskurses scheint es hier angebracht, den Homonationalismus als eine Ausdrucksform hegemonialer Diskurse bzw. von Dominanzkultur zu verstehen und ihn kritisierbar zu machen, indem er in diesem Kapitel mit den weiß-feministischen Emanzipations- und Gleichheitsdiskursen parallelisiert wird.

Homonationalismus als neue Migrations- und Sexualpolitik

Der Begriff des Homonationalismus wurde 2007 von Jasbir Puar etabliert, die sich dabei auf Lisa Duggans Begriff der Homonormativität (vgl. Duggan, 2002) bezieht. In ihrem Buch *Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times* problematisiert sie eine »neue homonormative« Sexualpolitik in den USA, die sie als homonormativen Nationalismus bzw. als Homonationalismus bezeichnet. Laut Puar bedient und imitiert der Homonationalismus die heteronormativen, nationalistischen, rassistischen und Klassenverhältnisse (vgl. Puar, 2008 [2007]). Ihr zufolge basiert Homonationalismus auf der zunehmenden Akzeptanz von Schwulen und Lesben in westlichen Staaten als Ausdruck einer »Zivilisationsüberlegenheit« speziell gegenüber muslimischen Gesellschaften, die im Kontrast zum Westen als weniger zivilisiert angesehen werden (vgl. Dietze et al., 2012, S. 11).

Als Paradebeispiel des Homonationalismus nennt Puar die Unterstützung des US-amerikanischen »Krieges gegen den Terror« seitens der weißen schwul-lesbischen Organisationen, die einerseits ihre Rechte als Homosexuelle durch vermeintlich homophobe muslimische Gesellschaften als bedroht betrachten und sich andererseits für die Emanzipation der irakischen Homosexuellen aussprechen (vgl. Puar, 2013; Böhmelt et al., 2012).

Dieses Konzept des US-amerikanischen Homonationalismus und seiner Funktionsweise wird von Jin Haritaworn und anderen erfolgreich auf Deutschland übertragen, indem sie die seit spätestens Anfang der 2000er Jahre in Deutschland dominierenden Diskussionen über Homophobie aufgrund ihres kulturalisierenden, rassifizierenden, ethnisierenden und klassifizierenden Charakters problematisieren (vgl.

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Haritaworn, 2009). In einem Beitrag, den Haritaworn gemeinsam mit anderen kritischen Feminist_innen publiziert hat, wird die »neue« europäische Geschlechts- und Sexualpolitik diskutiert:

> »Ethnisierende Geschlechts- und Sexualitätsdiskurse haben mittlerweile eine zentrale Stelle in der ›Sicherheits- und Werte-Debatte‹ des neuen Europas. Die Konstrukte ›muslimischer Sexismus‹ und ›muslimische Homophobie‹ legitimieren repressive Anti-Terrorismus-Maßnahmen, die radikale Umkehrung von schwer errungenen Staatsbürgerschafts-, Einwanderungs- und Aufenthaltsrechten und den Niederriss sozialer Rechte und ziviler Freiheiten. Neben Terrorismus sind Geschlecht und Sexualität die neuen Grundlagen, auf denen die islamophoben Kämpfe im In- und Ausland verfochten werden« (Haritaworn et al., 2007, S. 8).

Argumentationsmuster des deutschen Homonationalismus

Vor dem Hintergrund des zitierten Erklärungsansatzes wird im Folgenden auf die Entstehungsgeschichte des deutschen Homonationalismus eingegangen. Im Anschluss daran wird das Zusammenwirken rassistischer und klassenbedingter Veränderungs- bzw. Gentrifizierungsprozesse anhand konkreter Beispiele aus der Berliner Stadtteilpolitik beleuchtet. Die Auseinandersetzungen in diesem Kapitel basieren vor allem auf den Beobachtungen, Analysen und Aktivitäten von Aktivist_innen, Wissenschaftler_innen, Publizist_innen und Gruppen, die sich in diesen Prozessen befinden und zugleich durch ihre Arbeit kritisch in sie hinein intervenieren (vgl. Çetin, 2015b, S. 35ff.).

Deutscher Homonationalismus und Gentrifizierung

Auch wenn die Diskussionen über Homonationalismus in Deutschland erst seit Ende der 2000er Jahre geführt werden, kann von einer früheren Entstehungsgeschichte dieses Phänomens ausgegangen werden. Mit der Aids-Krise der 1980er Jahre befand sich die schwule »Community« auch in Deutschland im Fokus »präventiver« Gesundheitspolitiken

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

des Staates und der nicht-staatlichen Organisationen (vgl. Bänziger, 2014, S. 180f.), die sowohl repressive als auch auf liberale Präventionsstrategien gegen die Verbreitung von Aids vorsahen. Durch die Krise haben konservative christliche Kreise unter anderem die Promiskuität von Schwulen in den Vordergrund gerückt und ihnen ein sexuell enthaltsames Leben aufzwingen wollen. Dabei wurden Moralisierungs- und Marginalisierungsprozesse in Deutschland fortgeführt, in deren Folge bzw. wogegen Aidshilfe-Gruppen entstanden und Anti-Aids-Kampagnen initiiert wurden. Durch die Anti-Aids-Kampagnen einzelner Gruppen und Aids-Hilfen sowie staatlich geförderte Präventionsstrategien kam es in den 1990er Jahren zur »Normalisierung« von Aids (vgl. ebd.). Im Zuge der Anti-Aids-Politik diskutierte man verstärkt Ende der 1980er Jahre und Anfang der 1990er Jahre über die Möglichkeit der »Homo-Ehe« in Deutschland. Trotz der kontroversen Positionen konnten die Grünen erstmalig 1987 die »Homo-Ehe« im Bundestag thematisieren (vgl. Raab, 2009, S. 235f.). Die Grünen verstanden ihre »Schwulen- und Lesbenpolitik« als Bürgerrechtspolitik. Die Diskussionen und Kämpfe der Grünen um die Homo-Ehe dauerten bis Ende der 1990er Jahre. In einem in der taz veröffentlichen Artikel formulierte Volker Beck die »homosexuelle Frage« als eine der »Bürgerrechte« (zitiert nach Raab, 2009, S. 237). Diese politischen Bemühungen um die »Homo-Ehe« führten zur Etablierung und Institutionalisierung einer vor allem schwulen Identitätspolitik, in deren Konsequenz das Lebenspartnerschaftsgesetz für lesbische und schwule Paare im Jahr 2001 verabschiedet wurde (vgl. Voß, 2013c). Das Lebenspartnerschaftsgesetz wurde während seiner Einführung vor allem von Vertreterinnen des Lesbenrings e. V. aufgrund seines patriarchalen und heteronormativen Charakters heftig kritisiert (ebd.).

Institutionalisierung der schwulen Identitätspolitik und die Gegenwart des Homonationalismus

Eine exakte Chronologie des deutschen Homonationalismus würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Nichtsdestotrotz muss hier an einige gesellschaftspolitische Fakten erinnert werden, die die Verstrickungen des Homonationalismus mit der Migrations- und Staatsbürgerschafts-

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

politik, mit der Stadtteilpolitik und mit der journalistischen wie der akademischen Informationspolitik aufzeigen.

Im Rahmen des Integrationsdiskurses in Deutschland seit dem 11. September 2001 und dem tödlichen Attentat eines (nicht-»muslimischen«!) Tierschützers auf den schwulen niederländischen Rechtspopulisten Pim Fortuyn (1948–2002), der das Thema »Homophobie und Muslim_innen« für seinen Wahlkampf genutzt hatte, erfahren zumindest in den westlichen Gesellschaften »Muslim_innen« oder als muslimisch Markierte rassifizierende Zuschreibungen, die unter anderem mit Sexual- und Sicherheitspolitiken in Verbindung gesetzt werden.

Im Lauf der Ermittlungen zu dem Mord an Fortuyn wurde monatelang über die »ethnische« und religiöse Zugehörigkeit des Täters spekuliert. Im Mainstream ging man von einem radikal-islamistischen Attentat aus, weil Pim Fortuyn als »offen« lebender Homosexueller häufig Muslim_innen und ihr Verhältnis zur Homosexualität zum Thema seiner politischen Karriere gemacht hatte. Obwohl der Täter sechs Monate nach dem Attentat als unpolitischer und nicht-muslimischer (weißer) Tierschützer identifiziert wurde, wird die Ermordung Pim Fortuyns bis heute im Zusammenhang mit dem Mordattentat auf den Filmemacher Theo van Gogh (1957–2004) thematisiert, und beide Fälle werden mit der unterstellten »Barbarei, Menschenfeindlichkeit und Homophobie von Muslim_innen« in Verbindung gebracht.

Diese und ähnliche Ereignisse wurden und werden in den Medien und in der Politik kontinuierlich als Angriffe auf das »demokratische Zusammenleben« in westlichen Gesellschaften deklariert. Dies geschieht durch die ununterbrochene Konstruktion von Gegensätzen zwischen einem »Wir« und einem »Sie«, wobei die Ziehung von Differenzlinien entlang den Themen Demokratie und Integration erfolgt. Auf der Basis der Konstruktion eines demokratischen, toleranten, zivilisierten »Wir« wird dabei unaufhörlich die Notwendigkeit des Schutzes der »unterdrückten, nicht emanzipierten und verschleierten muslimischen« Frau einerseits und des »muslimischen« Schwulen andererseits propagiert. Die forcierte Sichtbarmachung der verschleierten Frau und des versteckten Schwulen hat sich in einer Allianz von Staat, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Medien der Dominanzgesellschaft vollzogen, die durch Studien, Berichterstattung, Kampagnen und So-

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

ziale Arbeit einen »Kampf der Kulturen« im Namen der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« der Bundesrepublik Deutschland offenbart. So wurde zum Beispiel 2005/2006 der sogenannte Muslim-Test in Baden-Württemberg eingeführt. In diesem Test mussten sich Menschen, die Pässe »muslimischer« Staaten hatten und sich einbürgern lassen wollten, einer Gesinnungsprüfung unterziehen und Fragen zu Terrorismus, Antisemitismus, religiösen Auffassungen, ihren Vorstellungen zu Weiblichkeit und Männlichkeit sowie zur Akzeptanz von Homosexuellen beantworten (vgl. Migration & Bevölkerung, 2006). Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen wurde der »muslimische« junge Mann im Kontext von »Zivilisation« zur Verkörperung eines islamistischen Terroristen, eines Frauenunterdrückers und/oder gewaltbereiten Homophoben gemacht und gleichzeitig als Bedrohung für den Westen und dessen demokratische Gesellschaftsstrukturen klassifiziert (vgl. GLADT, 2009).

In den medialen und politischen, wissenschaftlichen Diskussionen werden bis zum heutigen Tag diverse »Andere« diskursiv hergestellt, die zum Gegenstand von Forschungsarbeiten, Bildungsprojekten oder medialer Berichterstattung geworden sind, wodurch ihre Ausschlüsse von Bildung und Arbeit sowie aus dem innerstädtischen Raum gerechtfertigt werden sollen. Seit 2001 wird das Image des »homophoben, frauenfeindlichen, antisemitischen, gewaltbereiten, integrationsunwilligen« Migranten durch eine Reihe von Studien »wissenschaftlich« erforscht und medial gepflegt. Neben der bereits erwähnten Studie zur *Anzahl der Zwangsverheiratungen* in Deutschland wurden mehrere andere Studien vom Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD), vom Berliner Überfalltelefon Maneo und vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen auf ähnliche Weise, zum Teil parallel, zum Teil hintereinander durchgeführt (vgl. Çetin & Taş, 2014). In diesen und vergleichbaren Studien, die überwiegend von vermeintlich homofeindlichen Einstellungen, Handlungen und Weltanschauungen der »Migrant_innen« handeln und schwere methodische und forschungsethische Mängel aufweisen (vgl. ebd.), lassen sich kulturalisierende und biologistische Rassismen erkennen, die unter anderem eine neue (Homo-)Sexualpolitik im Namen der »neuen deutschen Nation« propagieren. Während dabei in Deutschland lebende Menschen als homofreundlich und homofeindlich polarisiert werden, unterbleiben

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

oftmals Diskussionen der eigenen Homophobie. Im Zusammenhang dieser antimuslimischen Homophobie-Debatte definierte eine Berliner aktivistische Queer-of-Color-Gruppe in Anlehnung an Puar den Begriff des Homonationalismus,

> »um den Versuch dieser (nicht immer erfolgreichen) Assimilierung, und die damit einhergehende Erfindung einer ›schwulenfreundlichen‹ Nation, zu beschreiben. Dies geht auf Kosten derer, deren Zugehörigkeit im Kontext des Krieges, der Grenzverschärfung und der wachsenden Kriminalisierung immer prekärer wird: alte und neue Migrant/innen sowie ihre Kinder und Enkelkinder – vor allem die, die als muslimisch identifiziert werden – Roma und Sinti, sowie andere People of Color. Es sind auch die, deren reale oder fantasierte sexuelle und Geschlechtsidentitäten (zu viele Kinder, zu wenig Geld, nicht monogam, zu früh verheiratet, zu patriarchal, zu unterdrückt) immer weniger in den nationalen Maßstab zu passen scheinen. Auf der Strecke bleiben auch queer-, trans-, homo- oder bisexuell identifizierte Menschen, die nicht aufgrund ihrer Schichtzugehörigkeit, ihres Weißseins oder ihrer konformen Maskulinität oder Femininität als anständige (Ehren-)Bürger/innen durchgehen können« (Suspect, 2010a).

Einige konkrete Beispiele werden im Folgenden die homonationalistischen Tendenzen verdeutlichen, die von einigen im schwulen Mainstream bekannten weiß-deutschen schwulen »Aktivisten« ausgehen. Sie betrachten den Islam als eine Religion, die Gewalt, Mord und Diskriminierung gegenüber Lesben, Schwulen und (heterosexuellen) Frauen fördere und den »zivilisierten« Westen durch die Anwesenheit der Menschen, die sich mit dem Islam verbunden fühlen, bedrohe.

Beispiel I: Daniel Krause

Daniel Krause (geb. 1980), der in Münster sein Studium zum Lehramt absolvierte und seine Promotion in Soziologie abschloss, thematisiert in seinen Publikationen die vermeintliche Unvereinbarkeit von westlichen und muslimischen Gesellschaften in Bezug auf das Verhältnis von Homosexuellen und den Menschen, die seiner Meinung nach dem Is-

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

lam angehören. In seinen Publikationen und Redebeiträgen definiert er den Westen vor allem als ein Bündnis, das weder muslimisch noch islamisch sei: Die Vereinigten Staaten von Amerika, Israel und Europa seien die Orte der westlichen Welt, deren zivilisatorische und liberale Werte durch die terroristische Homophobie der (fast aller) *islamischen* Länder gefährdet seien.

Entlang dieser rechtspopulistischen Betrachtungsweise stellt sich Krause in einer skandalisierenden, polarisierenden und hierarchisierenden Weise als ein linkes schwules Opfer dar, das

> »nicht länger schweigen [konnte]. Als sich Hunderte von Salafisten versammelten, hielt er spontan eine Gegenrede. Drei Minuten gegen Gewalt, Frauenfeindlichkeit und Schwulenhass. Drei Minuten, in denen er sein Leben aufs Spiel setzte. Islamisten und Linksradikale beschimpften ihn als ›Nazi‹ und starteten eine Hetzjagd. Zu seinem Schutz musste [er] vom Dienst freigestellt werden. Sein aufrüttelndes Buch entlarvt die Widersprüchlichkeit des linksliberalen Deutschlands, welches seine mühsam erkämpften Errungenschaften an seine ärgsten Feinde verrät« (Krause, 2013).

So der Klappentext seines Buches *Als Linker gegen Islamismus – Ein schwuler Lehrer zeigt Courage*. In diesem Text werden Frauen und Schwule als von Salafisten bzw. Salafiten[11], die gleichzeitig als Symbol für Terroristen benutzt werden, bedroht dargestellt.

Nach Angabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz sollen heute in Deutschland ca. 7500 Salafisten bzw. Salafiten leben (vgl. BfV, 2015). Das Buch erschien ein Jahr nach der antimuslimisch geprägten Debatte um den Salafismus und seine sicherheitspolitische Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland. Der Auslöser dieser Debatte war die kostenlose Verteilung des Korans in deutschen Großstädten. Diese Debatte trug damals, 2012, zur Dethematisierung des selbstenttarnten NSU-Terrors bei, an dessen Ende neun nicht-mehrheitsdeutsche Männer und

11 »In den letzten Jahren hat sich die Bezeichnung ›Salafist‹ durchgesetzt, während bis in die 2000er Jahre hinein der Begriff ›Salafit‹ dominant war. Das Suffix -ist stellt Verbindungen zu anderen negativ besetzten Begriffen wie ›Terrorist‹, ›Extremist‹ und ›Islamist‹ her« (Friedrich & Schultes, 2012, S. 1).

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

eine mehrheitsdeutsche Polizistin ermordet wurden (vgl. Güleç, 2015). Mit seinem Buch beabsichtigte Krause dem_der Leser_in den Eindruck zu vermitteln, dass eine Minderheit, die er als islamistische Terroristen verallgemeinert, eine andere (konstruierte) Minderheit existenziell gefährden würde. In seinem Buch stellt er sich als Sprachrohr von Frauen und Männern, Jungen und Alten, Homo- und Heterosexuellen dar, die ihm ihre Solidarität mit ihm bekundet hätten (Krause, 2013, S. 8.). In wenigen Zeilen stuft er den (nicht nur von ihm) konstruierten Islamismus als drittgrößte totalitäre Bewegung nach Nationalsozialismus und Kommunismus ein. Sein Buch profitiert von der rechtspopulistischen und antimuslimischen Propaganda, während er seinerseits an Demonstrationen, die von extremen Rechten gegen Muslim_innen organisiert worden waren, teilnahm.

In seinem 2014 erschienenen nächsten Buch spitzt Krause seine Positionen weiter zu. Er betitelt es *Allahs ungeliebte Kinder – Lesben und Schwule im Islam*. In dieser Publikation wird Krause deutlicher und hält sich nicht zurück, die Bezeichnung Allah polemisch zu verwenden, als würde Allah nur den Gott der Muslim_innen repräsentieren. Indem er die Lesben und Schwulen als ungeliebte Kinder des »Gottes der Muslim_innen« darstellt, konstruiert er sie erneut als Gegensatz zu Muslim_innen, deren Haltung zu Homosexualität nicht mit der des Westens übereinstimmen würde. In der Einleitung des Buches heißt es:

> »Die Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen hat sich zum Merkmal moderner westlicher Gesellschaften entwickelt: Homo-Ehe, Adoptionsrecht und Antidiskriminierungsgesetze sind hier zunehmend selbstverständlich. In westlicher Politik sowie in westlichen Medien mischen Lesben und Schwule ganz oben mit. Hingegen ist in muslimischen Kulturen ein gegenläufiger Trend feststellbar. Nicht Emanzipation, sondern Diskriminierungen, Verfolgungen und Ermordungen von Homosexuellen nehmen zu. Weltweit befinden sich Lesben- und Schwulenrechte in Bedrängnis durch die lebensbedrohliche Islamisierung. Betroffen sind neben islamisch regierten Staaten auch muslimische Parallelwelten inmitten westlicher Länder. Familien begehen religiöse ›Ehrenmorde‹ an ihren lesbischen Töchtern. Islamische Straßengangs attackieren Schwule auf offener Straße. Salafisten drohen Homosexuellen mit weltweitem ›Holocaust‹« (Krause, 2014, S. 9).

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

An dieser Stelle erübrigen sich weitere Kommentare dieser und ähnlichen Zeilen, die von Krause ausgehen und verbreitet werden. Relevant ist jedoch, dass er in seiner antimuslimischen Position, in der er sich als linker Islamkritiker bezeichnet, nicht allein gelassen wird. Einer der medial bekannten Schwulen, David Berger (geb. 1968), der ehemalige Chefredakteur des Schwulenmagazins *Männer,* solidarisierte sich nicht nur mit ihm, sondern unterstützte auch die öffentlichen Auftritte Krauses, bei denen dieser rechtspopulistisches Gedankengut verbreitete (vgl. Queer.de, 2014). Berger positionierte sich seither beharrlich »gegen Muslime, gegen alle Linken, gegen ›Homo-Altbewegte in Veteranensentimentalität‹, selbst gegen die freundlichsten Kritiker, gegen den ›Zwang zum Tuntigsein‹ und die Vielfalts-Kampagne der DAH, natürlich gegen queer.de und blu sowie gegen Feministinnen und ›Gender-Wahn‹« (Schulze, 2014).

Beispiel II: Jan Feddersen

Daniel Krause und David Berger repräsentieren eine extreme Form des Homonationalismus, der einerseits eine homofeindliche und andererseits eine homofreundliche Nation konstruiert und diese Konstruktion mit politischen, wissenschaftlichen und journalistischen Argumenten als Wahrheit präsentiert. In dieser Präsentation wird die Bezeichnung der Nation nicht unbedingt im Sinne einer politischen Gemeinschaft benutzt, die auf dem Territorium eines bestimmten Staates existiert. Es geht vielmehr um die politische Grenzziehung zwischen (vermeintlich) unterschiedlich geteilten Werten und Normen, die miteinander nicht vereinbar seien. Demnach würden, wie es auch im weiß-feministischen Emanzipationsdiskurs zum Ausdruck kommt, Gesellschaften, deren kulturelles Erbe auf dem Christentum, der (kolonialistischen) Aufklärung und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte basiere, zum »Westen« gehören. Diesem werden nicht nur Menschen- und Frauenfreundlichkeit zugeschrieben, sondern auch eine selbstverständliche Akzeptanz von Homo- und Trans-Personen. Im Gegensatz zum »Westen« wird jedoch nicht von einem »Osten« gesprochen, sondern über einen »Orient«, der die Barbarei, Menschen-, Frauen- und Homofeindlichkeit symbolisiert und gleichzeitig zur feindlichen

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Gefahr für den »Westen« in unterschiedlichen (internationalen) politischen Kontexten deklariert wird.

Jan Feddersen (geb. 1957), ein *taz*-Journalist, der nach eigenen Angaben seit den 1970er Jahren als Schwuler homopolitisch aktiv ist, kann als ein weiteres Beispiel für Repräsentanten des Homonationalismus genannt werden. Sein im Jahr 2003 erschienener Beitrag »Was guckst du? Bist du schwul?« beginnt mit einer (in der weiß-schwulen Community immer wieder vertretenen) Behauptung:

> »Ein hoher Prozentsatz der Gewalt gegen Schwule wird von Menschen aus dem islamischen Kulturkreis verübt. Das Problem wird tabuisiert, seine Thematisierung ist politisch nicht korrekt. Stattdessen wird gefragt: Sind die Angegriffenen zu offen mit ihrer sexuellen Identität umgegangen?« (Feddersen, 2003)

Die Argumentationsmuster Feddersens entsprechen den Funktionsweisen des Rassismus und der Instrumentalisierung der Homophobie zur Legitimation seiner Behauptungen. Dass der Journalist die Schwulen und den sogenannten islamischen »Kulturkreis« einander gegenüberstellt und sie als zwei Feinde erklärt, zeigt vor allem den polarisierenden Charakter seines gewöhnlichen Rassismus. Auch die Instrumentalisierung der Homophobie, die vermeintlich vom islamischen »Kulturkreis« ausgeht, kann als Versuch des Schreibers verstanden werden, zwei Gruppen nach Häufigkeit ihrer Erfahrungen mit Gewalt und Diskriminierung zu hierarchisieren. Während die (weißen) Schwulen als Opfer der »islamischen« Gewalt dargestellt werden, wird ihnen im weiteren Verlauf des Artikels auch (körperliche) Unterlegenheit den als hypermaskulin imaginierten jungen muslimischen Männern gegenüber zugeschrieben. Feddersen zufolge gäbe es in der Bundesrepublik mehr Homophobie als Rassismus, der aber tabuisiert sei. Die in dem Artikel erwähnte Tabuisierung soll polemisch diese Unterlegenheit bzw. den Opferstatus der weißen Schwulen bekräftigen. Feddersens Beitrag gilt hier als Vorwurf bzw. scharfe Kritik an der nicht-islamischen (Mehrheits-)Gesellschaft, die die von der Gewalt betroffene schwule Minderheit nicht vor *orientalisierten Homophoben* schützen mag: »Die anderen Fahrgäste haben dem entsetzlichen Treiben fast teilnahmslos zugeschaut. […] die drei Jugendlichen bleiben benommen auf ihren

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Plätzen sitzen, wortlos, schockiert, ohnmächtig auch, weil ihnen niemand geholfen hat. Noch nicht mal wütend konnten sie sein« (ebd.). In seinem Artikel bezieht sich Feddersen auf die Angaben des Leiters der Berliner Gewaltopferberatung Maneo für Schwule und bisexuelle Männer, Bastian Finke: »Die öffentliche Gefahr für Schwule geht extrem von Jugendlichen türkischer oder, generell, islamischer Prägung aus« (ebd.).

Feddersens Berichterstattung in diesem Themenbereich ist nicht nur mit dem oben zitierten Bericht beschränkt. In einer Rezension zur Publikation des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD) *Muslime unter dem Regenbogen* gratuliert der Autor den Herausgeber_innen, denn (ihr) Reader

> »bricht mit dem Tabu. Wahr und offenkundig ist: Die westliche, kapitalistische Welt verfolgt Schwule und Lesben kaum noch. Selbst in den USA bereitete der Oberste Gerichtshof kürzlich jenen bundesstaatlichen Gesetzen ein Ende, die ›Sodomitisches‹ oder ›Homosexuelles‹ verboten, ja unter Strafe stellten. Tödlichen, mindestens lebensbedrohenden Repressionen ausgesetzt waren alle Nichtheterosexuellen dort, wo sozialistischer Totalitarismus herrschte – oder sind es heute, schärfer denn je, dort, wo der Islam die politische Agenda bestimmt« (Feddersen, 2004).

In der Einleitung seiner Rezension zieht Feddersen, wie oben dargestellt, die Grenzen zwischen homofreundlichem Westen und feindlichem Rest (Muslim_innen). Er steht stellvertretend als Repräsentant eines »aufgeklärten« westlichen Schwulen und spricht zum einen zu den anderen westlichen Schwulen, die möglicherweise nicht den Zugang zum medialen Sprechen haben. Zum anderen spricht er zu anderen westlichen Menschen, die in keiner Weise mit Islam oder Muslim_innen in einer positiven Beziehung stehen, deshalb aber von Letzteren »bedroht« sein sollen. In dieser Rezension setzt Feddersen seine antimuslimische Publizistik fort und verschärft seine oben zitierte These durch die Annahme, dass die in *Muslime unter dem Regenbogen* inszenierten »Konflikte […] mitten in der westlichen Welt ihre Fortsetzung finden – nämlich in jenen Vierteln, in denen auch muslimisch geprägte Einwanderergruppen den Alltag in christlich-säkularen Mehrheitsge-

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

sellschaften prägen. Also auch in Deutschland, in seinen Metropolen« (Feddersen, 2004).

Die bisher dargestellten Fallbeispiele (Krause, Berger und Feddersen) können nur exemplarisch einen weiß-schwulen publizistischen Homonationalismus aufzeigen, dessen Legitimation aber in einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen Staat, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu finden ist.

Homonationalismus durch Staat, Wissenschaft und Zivilgesellschaft

In den Diskursen um Antisemitismus, Terrorismus, gesellschaftliche Gewalt, Verletzung von Frauen- und LSBTI*-Rechte werden Muslim_innen und als muslimisch Markierte als Verursacher_innen dieser Probleme konstruiert. In diesem diskursiven (antimuslimischen) Rassismus werden sie als unvereinbar mit »eigenen« christlich-westlichen Werten und Normen gezeichnet. In diesen propagandistischen antimuslimischen Diskursen wird allerdings der »okzidentale« Widerspruch durch die Ausblendung der kolonialen Geschichte und durch die Unsichtbarmachung der post-kolonialen rassistischen Praktiken, wie in den Flüchtlings-, Grenzregime- und Migrationspolitiken, dethematisiert. Dieser Widerspruch zeigt sich vor allem in der Täter-Opfer-Umkehr bzw. Viktimisierung bezüglich der diskriminierenden Handlungen, die unter anderem mit Rassismus, Homophobie und Klassenherrschaft verzahnt sind.

Das homonationalistische Zusammenwirken von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Staat manifestiert sich in der (Re-)Produktion des antimuslimischen Rassismus im Rahmen eines unaufhörlichen antimuslimischen Homophobiediskurses (vgl. Çetin & Saadat-Lendle, 2014). Die Behauptung, Schwule und bisexuelle Männer seien am stärksten von muslimischen Jugendlichen bedroht, wurde anhand mehrerer Studien, so in den Maneo-Umfragen zwischen 2006 und 2008, der Simon-Studie 2007 oder auch der Pfeiffer-Studie 2011 legitimiert. Ungeachtet der methodischen Mängel verbreiteten die Studien-Macher_innen die Ergebnisse der genannten und anderer Studien ebenso polemisch wie polarisierend zuungunsten einer Gruppe, der ein Migrationshin-

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

tergrund und eine muslimische Glaubenszugehörigkeit zugeschrieben wurden (zur Analyse der Studien vgl. Çetin & Taş, 2014, und Çetin & Saadat-Lendle, 2014).

Von der Sichtbarkeit der Opfer und der Täter_innen

Die genannten Studien wurden durch öffentliche Gelder in Zusammenarbeit mit Universitäten und schwul-lesbischen Organisationen verwirklicht. Sie zielten vor allem darauf, eine Diskussion über zwei vermeintlich gegensätzliche Gruppen durchzusetzen und die Diskriminierungserfahrungen dieser beiden Gruppen gegeneinander zu hierarchisieren. Während die Schwulen als eine der am meisten diskriminierten Minderheiten gelten, wird den Muslim_innen, deren Religion die Homosexualität verbieten soll, pauschal die Zugehörigkeit zur heterosexuellen Mehrheit zugeschrieben. Neben der Heteronormativität wurden den Muslim_innen weitere menschenfeindliche »Ismen« wie Sexismus, Antisemitismus und Terrorismus angedichtet, in deren Konsequenz der Westen als vom Niedergang der »erkämpften« und erklärten Allgemeinen Menschenrechte und der Zivilisation bedroht repräsentiert wird. Wie Encarnación Gutiérrez Rodriguez es ausdrückt:

> »Rassismus und seine Variante Ethnisierung kann […] nur in Beziehung mit Nationalismus oder mit neuen Formen der Reproduktion eines hegemonialen ›Westens‹ im Namen Europas oder der ›westlichen Allianz‹ gedacht werden. Der ›Westen‹ und die westlichen Nationalstaaten imaginieren ihre ›nationalen oder transnationalen Zugehörigkeitslinien‹ in Relation zu einer ›Parallelgesellschaft‹, die als ›prä-modern, unterentwickelt, in partikulären ethnische und religiösen Vergemeinschaftungsrituale und -kämpfe involviert‹ imaginiert wird. In diesem Zusammenhang wird ein Diskurs über ›ethnifizierte Gemeinschaften‹ medial, politisch und sozial erzeugt« (Gutiérrez Rodriguez, 2006).

Zwischen 2006 und 2008 führte das schwule Anti-Gewalt-Projekt Maneo in Berlin zwei Umfragen zum Thema Gewalterfahrungen von Schwulen und bisexuellen Männern in der BRD durch. Die zweite

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Umfrage wurde durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie gefördert und von Wissenschaftler_innen der Humboldt-Universität, der Evangelischen Hochschule Berlin und des Wissenschaftszentrums Berlin begleitet (vgl. Maneo, 2009, S. 4). Sie »steht unter der [...] Fragestellung der Bagatellisierung und möchte aufzeigen, in welchen Bereichen schwulenfeindliche Gewalttaten heruntergespielt bzw. als solche nicht registriert und ernst genommen werden« (ebd., S. 10).

Der Fragebogen umfasste unter anderem Fragen »zu Gewalterfahrungen [...] und Risikoeinschätzungen« sowie zu dem Vorfall, der die Befragten in den letzten 12 Monaten zum Zeitpunkt der Studie am stärksten betroffen hat.

Über die Täter_innen der schwulenfeindlichen Gewalt wird Folgendes festgestellt (vgl. ebd., S. 27): 86 Prozent der Täter_innen seien männlich; 78 Prozent seien jung (18 bis 35 Jahre); 40 Prozent hätten einen *Migrationshintergrund*.

Für die Erhebung des Täter_innenprofils stellte Maneo die per se problematische Zuschreibung »Migrationshintergrund« als eine der möglichen Antwortkategorien zur Auswahl. So zielten die Studie und deren öffentliche Präsentationen darauf ab, junge weiß-deutsche Schwule als Opfer junger, *migrantischer* und als heterosexuell markierter Männer darzustellen (vgl. ebd., S. 19) und die Täter homophober Gewalt zu migrantisieren. Dadurch wurden Männer, die jung und als migrantisch (muslimisch) markiert waren, mit der Eigenschaft »Gewaltbereitschaft« sichtbar gemacht und in den Vordergrund der Homophobie-Debatte gestellt. In dieser politischen und medialen Sichtbarmachung der jungen migrantischen und männlichen Täter ist die Mischung des kulturalisierenden, ethnisierenden, biologistischen bzw. naturalisierenden Rassismus leicht erkennbar. So wurden sie beispielsweise aufgrund des mutmaßlichen Migrationshintergrundes nicht nur zu Anderen gemacht, ihnen wurden auch Kriminalität und (homophobes) Patriarchat zugeschrieben.

Parallel zu den Maneo-Umfragen führte Bernd Simon an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 2006 im Auftrag des LSVD eine Studie über Einstellungen von Jugendlichen mit und ohne »Migrationshintergrund« zu Homosexualität durch. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport finanzierten die Studie. Ihr Ziel war,

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

homofeindliche Einstellungen von »türkischen, russischen und deutschen« Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 20 Jahren zu erforschen und ihre Einstellungen zu Homosexualität miteinander zu vergleichen.

Bernd Simon stellt die These auf, »dass in den Gruppen mit Migrationshintergrund die Wahrnehmung gruppenbezogener Diskriminierung positiv mit homosexuellenfeindlicher Einstellung zusammenhängt im Sinne einer Konkurrenz der Minderheiten und/oder einer Sündenbockfunktion der homosexuellen Minderheit« (Simon, 2008, S. 8). Ausgehend von dieser These zielt seine Studie auf die folgenden Forschungsergebnisse ab:

> »1) Jugendliche mit Migrationshintergrund [...] lassen eine homosexuellenfeindlichere Einstellung erkennen als Jugendliche ohne Migrationshintergrund [...]. 2) Religiosität und Akzeptanz traditioneller Männlichkeitsnormen sind generell positive Korrelate homosexuellenfeindlicher Einstellung. 3) Persönliche Kontakte zu Homosexuellen sind generell ein negatives Korrelat homosexuellenfeindlicher Einstellung. 4) Der Zusammenhang von Religiosität und homosexuellenfeindlicher Einstellung ist bei Jugendlichen mit türkischem Migrationshintergrund [...] besonders stark ausgeprägt. 5) Diskriminierungswahrnehmungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund [...] sind ein positives Korrelat homosexuellenfeindlicher Einstellung, das Ausmaß der Integration dieser Jugendlichen in die deutsche Gesellschaft ein negatives Korrelat« (ebd., S. 9).

Simon stellt bedenkliche und nicht weiter hinterfragte Behauptungen auf: So sei mit der Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes im Jahr 2001 ein verbessertes Klima für Lesben und Schwule in Deutschland entstanden, es herrsche eine stillschweigende gesellschaftliche Akzeptanz, die jedoch durch bestimmte Angehörige der »Migrantengesellschaft« bedroht sei (ebd., S. 4f.). Den Jugendlichen, die nach bestimmten imaginierten Abstammungen nach dem Blut-und-Boden-Prinzip konstruiert werden, werden andere Jugendliche ohne »Migrationshintergrund« gegenübergestellt, die angeblich ein als europäisch konstruiertes Wertesystem vertreten und deutlich weniger homofeindlich seien. Die Polarisierung aller befragten Gymnasiast_innen vollzog sich während der Studie auf der Ebene von diskursivem kulturalis-

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

tischem Rassismus: Als türkisch konstruierte Jugendliche werden als Muslime definiert und der Islam als Ursache für Homosexuellenfeindlichkeit erklärt (ebd., S. 24). Mit dieser These wird Homosexuellenfeindlichkeit dem Rassismus gegenübergestellt. Dabei werden den als russisch und türkisch konstruierten Jugendlichen Gefühle und Wahrnehmungen rassistischer Diskriminierung zugeschrieben, als wäre diese Art der Diskriminierung kein gesellschaftliches Phänomen, sondern Resultat individueller Befindlichkeiten. So konstatiert Simon: Je mehr sich die Befragten wegen ihrer Herkunft diskriminiert fühlten, desto homosexuellenfeindlicher seien sie. Er behauptet, dass sich die türkischen und russischen Jugendlichen als Angehörige von Minderheiten in einer Konkurrenz mit homosexuellen Minderheiten sähen und deshalb Homosexuelle negativer bewerteten (vgl. ebd., S. 7f.).

Die rassifizierende und kulturalisierende Präsentation der Studie in den Medien und diversen Veranstaltungen führte dazu, dass sie vor allem durch queere und nicht-queere Wissenschaftlicher_innen, Aktivist_innen und Journalist_innen of Color heftig kritisiert wurde.

Als letztes Beispiel für weiße lesbische und schwule Studien mit Rassifizierungspotenzial kann *Die Lebenssituation von Lesben und Schwulen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland* genannt werden. Im Auftrag des LSVD wurde diese durch Melanie Steffens an der Universität Jena mit der finanziellen Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt (vgl. Steffens, 2010). Zentrale Forschungsfragen sind unter anderem gesellschaftliche Integration und Identität, religiöse Zugehörigkeit, Coming-out, Verhältnis zur Familie, Werte und Einstellungen der Familie, Geschlechtsrollenverständnis, Verhältnis zu lesbisch-schwulen Communities und zu Migranten-Communities sowie Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen von Lesben und Schwulen mit sogenanntem Migrationshintergrund (Steffens, 2010, S. 11). Laut der Studienzusammenfassung sei es erstens dringend geboten, die Lebenssituation von Lesben und Schwulen mit

> »Migrationshintergrund« genau zu untersuchen, weil diese »vom Spagat zwischen unterschiedlichen kulturellen Subgruppen mit unvereinbaren Wertesystemen [...] direkt betroffen und möglicherweise gefährdet [seien]. Zweitens sollte die Betrachtung von Lebensentwürfen, die un-

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

> ter diesen Umständen gelingen, fruchtbar für die allgemeine Stress- und Identitätsforschung sein« (ebd., S. 9).

Aus dieser Studie ergeben sich folgende Befunde: Im Gegensatz zu Lesben und Schwulen ohne »Migrationshintergrund« gebe es mehr (migrantische) Lesben und Schwule ohne Coming-out. Das Coming-out wird damit als ein Phänomen ohne »Migrationshintergrund« angenommen. Diese Situation wird mit den Reaktionen der Familien der Befragten argumentiert. Während die Familien der »deutschen Befragten« positiv auf ein Coming-out ihrer lesbischen oder schwulen Kinder reagieren würden, seien Familien mit »Migrationshintergrund« negativ zu Homosexualität eingestellt. Die Homosexualität würde die religiösen und moralischen Werte dieser Eltern verletzen, weswegen sie negativ auf das Coming-out ihrer Kinder reagieren würden (Steffens, 2010, S. 2).

Die Frage nach der »Integration« erfährt in dieser Studie eine besondere Aufmerksamkeit. So stellt sie fest, dass die Befragten mit sogenanntem »Migrationshintergrund« sich wohl und damit integriert in der Gesellschaft mit Mehrheitsdeutschen fühlen würden, weil sie mehr Akzeptanz für Homosexuelle bieten würde als andere Gesellschaften.

Ein interessantes Ergebnis zur Lebenszufriedenheit der Befragten mit und ohne »Migrationshintergrund« zeigt einen großen Widerspruch: Während die Befragten mit »Migrationshintergrund« laut der Studie wegen ihres Coming-outs negative Erfahrungen mit ihren Eltern machen, haben sie aber aufgrund starker sozialer Unterstützung höhere Lebenszufriedenheit als mehrheitsdeutsche Lesben und Schwule. Dieses Ergebnis zur Lebenszufriedenheit wird zum Abschluss jedoch als durch ein Coming-out gefährdet betrachtet. Während Integration als Bedingung für die Lebenszufriedenheit für nicht-weiße Lesben und Schwule vorausgesetzt wird, wird der erfundene »Migrationshintergrund« als Risikofaktor für Gesundheit und Lebenszufriedenheit der Befragten festgehalten.

Zum Schluss der Studie werden Diskriminierungserfahrungen der Befragten mit »Migrationshintergrund« analysiert und konstatiert: Demnach würden Lesben und Schwule mit »Migrationshintergrund« mehr Erfahrungen mit homophoben Diskriminierungen machen als mit den rassistischen Diskriminierungen. Die als migrantisch markier-

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

ten Lesben und Schwulen werden deshalb in dieser Studie ermutigt, mehr über Homophobie zu sprechen als über Rassismus.

Im Endeffekt zieht die LSVD-Studie unter der Leitung von Melanie Steffens das folgende höchst problematische Fazit:

> »Migrationshintergrund sei ein Risikofaktor für geringe Lebenszufriedenheit, schlechtere Gesundheit, ein wenig positives Selbstbild und die Verfügbarkeit von sozialer Unterstützung von Lesben und Schwulen, wenn sie aus Ländern mit starken Repressalien gegenüber Homosexuellen stammen und ihre Eltern in Deutschland wenig integriert sind« (ebd., S. 5).

Aus den Studien von Simon und Steffens geht hervor, dass Deutschland als homofreundliches Land in den Vordergrund gestellt wird, während die imaginierten Herkunftsländer der Schwulen und Lesben mit sogenanntem »Migrationshintergrund« als grundlegend homofeindlich deklariert werden. Auch in der Studie von Steffens ist die Konstruktion eines Gegensatzes von homofreundlichem Westen und homofeindlichem Rest erkennbar.

Die schwulen Küsse sind deutsche Leitkultur

Jasbir Puar benutzt den Begriff »Homonationalismus«, um die Erfindung einer »schwulenfreundlichen« Nation zu beschreiben. In einem Interview mit Deniz Utlu erläutert sie, dass

> »es beim Homonationalismus nicht allein um rassistische oder privilegierte Queers geht. Auch wenn der Begriff oft so verwendet wurde. Wichtig ist die Spannung zwischen der Vorstellung einer zunehmenden Visibilität und einer zunehmenden sozialen Anerkennung von Schwulen und Lesben. [...] Mir geht es vor allem darum, wie diese Anerkennung auf Kosten bestimmter Subjekte gewonnen wird, die nicht in das Bild des erwünschten homosexuellen Subjekts passen – rassifizierte Subjekte, verarmte Subjekte und sogar Subjekte, die gar nicht homosexuell sind, aber deren Sexualität als pervers wahrgenommen wird« (Migrationsrat Berlin-Brandenburg, 2010, S. 1).

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Entlang der Analyse der bisher dargestellten Studien, Publikationen und anderen medialen Beiträge sowie der vorherrschenden Diskurse zu den Themenbereichen um Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland lässt sich der deutsche Homonationalismus mit einer neuen Definition von Homophobie erkennen. Demnach sei die Homophobie ein migrationsspezifisches Phänomen, das sich in westlichen Gesellschaften verankert habe und sich vorwiegend gegen weiße Lesben und Schwule richte.

Auch die homophob Handelnden werden als Täter_innen anhand kulturalisierender und rassialisierender (Fremd-)Verortung beschrieben. Menschen, die einen »Migrationshintergrund« haben, jung und möglicherweise muslimisch sind sowie aus »bildungsfernen«, wirtschaftlich benachteiligten Familien stammen, sollen mehr homophobe Tendenzen und Praktiken aufweisen als die anderen, die sich selbst von dieser Schablone distanzieren. Hingegen seien die Opfer der Homophobie mehrheitlich weiße deutsche Schwule. Der deutsche Homonationalismus ist also dadurch gekennzeichnet, dass das Phänomen Homophobie kontinuierlich kulturalisiert, rassialisiert, klassenspezifisch markiert und vergeschlechtlicht wird.

Im Gegenzug zu diesen negativen Verallgemeinerungen wird heute auch über die wiederkehrende Frage nach einer »neuen deutschen nationalen Identität« bzw. zu einer »deutschen Leitkultur« gesprochen. Die neueste Debatte um die »deutsche Leitkultur«, die im Zuge der Fluchtbewegung aus Syrien seit spätestens Sommer 2015 wieder wichtiger wurde, zeigen die Komplizenschaft mehrerer Vertreter_innen etablierter politischer Parteien auf. In dem bekannten deutschsprachigen Magazin *Cicero* schreibt beispielsweise der CDU-Generalsekretär Peter Tauber am 18. November 2015: »Denn wenn mehr Menschen aus anderen Ländern zu uns kommen und bleiben, wird sich unser Land verändern. Diesen neuen Mitbürgern müssen wir erklären, welche Werte unsere Heimat prägen, wie das Zusammenleben hier funktioniert« (Tauber, 2015).

Die Diskussion über die »Integration« ist wieder auf der Agenda der politischen Parteien. Die Gesellschaft bewegt sich wieder nach rechts, und zwar nicht erst seit den 1990er Jahren. Das funktionierende Zusammenleben in Deutschland soll nun den Geflüchteten anhand der Erklärung einer weiß-deutschen Leitkultur beigebracht werden. In seinem kurzen Beitrag in *Cicero* schreibt Tauber weiter:

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

> »Basis unserer Leitkultur ist natürlich das Grundgesetz. Es gehört aber noch viel mehr dazu: Die Bereitschaft, sich ehrenamtlich in unserer Gesellschaft zu engagieren; die Idee, dass jeder, der fleißig ist und sich anstrengt, den Aufstieg schaffen kann; dass Religionsfreiheit heißt, die Religion wechseln zu dürfen; dass Gleichberechtigung bedeutet, dass Frauen zunehmend Führungspositionen übernehmen. Und Toleranz und Gleichstellung, dass sich zwei Männer auf der Straße ganz selbstverständlich küssen; dass Familien mit vielen Kindern Unterstützung von allen erfahren und nicht als asozial abgestempelt werden; aber auch das Bekenntnis zu Schwarz-Rot-Gold als Farben der Freiheit, der Stolz auf Deutschland, das Mitsingen unserer Nationalhymne – nicht nur beim Fußball, sondern gerne auch etwas lauter und fröhlicher an unserem Nationalfeiertag. All das steht so nicht im Grundgesetz, aber wäre aus meiner Sicht ein schöner und wichtiger Bestandteil einer neuen deutschen Leitkultur« (Tauber, 2015).

Das Thema »Geflüchtete und Flucht« aus Syrien re-mobilisierte urbane Paniken in den großen und kleinen Städten europäischer Länder. Queers und Flucht wurden in diesen re-mobilisierten urbanen Paniken re-thematisiert. Die Geflüchteten wurden als aus Syrien kommende hetero-männliche Bedrohung der westlichen Mehrheitsgesellschaft dargestellt. Sie würden nicht nur die Homophobie und Frauenfeindlichkeit mitbringen, sondern auch den terroristischen Islamismus und würden somit das »Abendland« in Gefahr bringen. In einem Interview deutete die Leiterin des *Zentrums für Migranten, Lesben und Schwule (Miles)* des LSVD an, dass geflüchtete Queers in den Sammelunterkünften von IS-Anhängern bedroht würden, eine Annahme der Sprecherin, die nicht belegbar ist und auf einer antimuslimischen Spekulation basiert. Der folgende Interviewausschnitt veranschaulicht diese urbane Panik deutlich:

> » – Mit welchen Problemen kommen sie zu euch? – Momentan ist die Unterbringung von queeren Flüchtlingen das größte Problem. Bei uns gehen täglich Beschwerden ein, dass die Situation in den Notunterkünften katastrophal ist. Manche Flüchtlinge sind zum Beispiel mit 14 Mann auf einem Zimmer untergebracht, die teilweise homophob sind oder sogar Isis-Anhänger. Das ist, wie man sich denken kann, kein einfaches

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

> Zusammenleben. – Es gibt Isis-Anhänger in Flüchtlingsheimen? – Das hat uns ein Klient vor Kurzem erzählt. Offenbar ist das tatsächlich gar nicht so selten. Vor Kurzem wurde ein Isis-Anhänger auch geschnappt und abgeschoben« (Heywinkel, 2015).

Die Stadt der Schwulen und die Erfindung einer neuen »Nation«?

Der Schwulenkiez: Schöneberg

Dass Klaus Wowereit im Jahr 2001 mit dem zum Slogan gewordenen Spruch *»Ich bin schwul – und das ist auch gut so!«* als Regierender Bürgermeister von Berlin gewählt wurde, ermutigte in Berlin schwule Identitäts-, Kiez- und Sichtbarmachungspolitiken, so dass hier von der Etablierung eines »Queer Nation Building in Berlin-Schöneberg« (Wolter, 2014 [2011]) gesprochen werden kann. In einem Essay beschreibt Salih Alexander Wolter die historischen Veränderungsprozesse im Bezirk Berlin-Schöneberg und zeigt mit literarischen Mitteln auf, wie aus einem »anatolischen« Stadtteil ein »westlicher« Schwulenkiez wurde:

> »Jüngeren Datums ist hingegen in Schöneberg die Frage: ›Europäische oder anatolische Seite?‹ Sie impliziert die Lösung eines Problems, das nach 1989/90 gerade in dieser Hälfte Berlins dringend wurde, wo die sich abzeichnende Realität des ›wirtschaftsgeographischen Begriffs Deutschland‹ […] den Verlust des in der jahrzehntelangen Systemauseinandersetzung inszenierten ›Wir‹ umso spürbarer machte: Wie lässt sich die weitere Zugehörigkeit zu einer ›Wertegemeinschaft‹ begründen, ›die trotz des Endes des West-Ost-Konflikts mit »der Westen« umschrieben wird‹? Die Antwort – ›Es mussten neue Blöcke her, die in überzeugender Weise gegeneinander stehen‹ – verbindet sich […] mit dem gesellschaftlichen Aufstieg eines bestimmten Teils der bundesdeutschen Schwulenszene. Für diesen ist ›Schöneberg‹ ebenso sehr Chiffre wie begehrter Lebensort – wobei alles, was damit heute assoziiert wird, im ›Westen‹ liegt. […] Hier zog vor dem Rathaus […] eine grüne Bezirksbürgermeisterin 1995 erstmals zum Christopher Street Day die

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

> Regenbogenfahne auf, und seit dem 1. August 2001 können drinnen Eingetragene Lebenspartnerschaften stilvoll im Goldenen Saal geschlossen werden. Weiter nördlich bietet, außer ›schwulen‹ Blumenläden, der Kiez um Nollendorfplatz und Motzstraße ein gut sortiertes Nachtleben, samt Bars, in denen Jungs aus Rumänien anschaffen, und Clubs, die sich auf die unterschiedlichsten Fetische spezialisiert haben. […] Auch der ›Lesben- und Schwulenverband in Deutschland‹ (LSVD) residiert hier seit einigen Jahren – in einer repräsentativen Altbau-Zimmerflucht, für die der Bezirk die Miete zahlt. Von da wäre es ein bequemer Spaziergang, gen Osten die Bülowstraße entlang, zum ›Bosporus‹. Doch einflussreiche schwule Publizisten wurden nach dem 11. September 2001 nicht müde, die Gefahren dieser Nähe zu beschwören« (ebd., S. 17).

In dem heute als »Regenbogen«- bzw. Schwulenkiez geltenden Bereich rund um den Nollendorfplatz und die Motzstraße, wo zahlreiche schwule Kneipen und Bars mit Darkrooms zu finden sind, wird seit 1989 am Bahnhof Nollendorfplatz an die in der NS-Zeit verfolgten und ermordeten Homosexuellen mit einer Gedenktafel erinnert. So wird die zunehmende, später dominante, Existenz einer »schwulen Population« durch die stadtbaupolitische Erinnerungskultur und durch die romantisierende und dramatisierende Geschichtsschreibung einer schwulen Bewegung in zahlreichen deutschsprachigen Sammelbänden historisiert.[12] Gleichzeitig mit der seit Jahrzehnten zunehmenden Sichtbarkeit einer »schwulen Population«, der Etablierung eines schwulen Vergnügungssektors sowie einer durch entsprechende Neugestaltung »bunten« Stadtteilpolitik, die sich für die Durchführung eines kommerziellen Gay Pride einsetzt, werden die Existenz und die Geschichte der Arbeitsmigrant_innen und anderer, die immer noch als (muslimische) Migrant_innen betrachtet werden, in Nord-Schöneberg oft unsichtbar gemacht. Als Beispiel solcher geschichtsvergessenen Identitäts- und Stadtteilpolitik kann das Verschwinden des migrationspolitischen und rassismuskritischen Engagements des ehemaligen Schöneberger Vereins *Ausländerkomitee Berlin (West) e. V.* aus dem kollektiven Gedächtnis genannt werden. Der Verein setzte sich mit

12 Zur Kritik an einer solchen schwulen »Gedenkkultur« vgl. Yılmaz-Günay & Wolter, 2013.

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

migrantischen und nicht-migrantischen Initiativen und Gruppen zusammen. Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre initiierte er Kampagnen für die Umsetzung des kommunalen Wahlrechts und gegen die Zuzugssperren und zur kulturellen Identität von Migrant_innen. Der Verein, der in der Langenscheidtstraße in Berlin-Schöneberg saß, war Ziel mehrerer Brandanschläge, die heute aus kollektiven Erinnerungen gestrichen worden sind (vgl. Ausländerkomitee Berlin [West] e. V., 1981). Vielmehr gilt heute Schöneberg als Zentrum der zweiten deutschen Schwulenbewegung und der gegenwärtigen schwulen Ausgehszene, die einen nicht kleinen Teil des Bezirks mit den Farben des Regenbogens dominiert und zum Markenzeichen eines Schwulenkiezes wurde.

Eine Auseinandersetzung mit der Frage nach den Sichtbarkeiten und Un-Sichtbarkeiten gewollter und ungewollter »Bevölkerungsgruppen« kann deshalb dabei helfen, die rassistische Anschlussfähigkeit des Homonationalismus besser zu begreifen. Seit die schwule Bewegung ihre Ziele zum »großen« Teil erreicht hat – und seit sich die BRD mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz 2001 und dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz 2006 bewusster als aufgeklärt, tolerant und fortschrittlich versteht –, werden die »muslimischen« Migrant_innen durch die oben exemplarisch erwähnten Studien sowie durch Projekte und Berichterstattung als unpassende »Andere« hypersichtbar gemacht, indem über »sie« als Bedrohung und Gefahr für friedliches schwules Leben in »unserer« Gesellschaft diskutiert und entsprechend gehandelt wird (vgl. die Ausführungen im ersten Kapitel dieses Buches zu Andrea Mubi Brighentis »Schwellen der Sichtbarkeit«).

Der jährlich weltweit gefeierte Gay Pride findet seit 1979 als *Christopher Street Day* (CSD) auch in Berlin statt. Die schwule Bewegung beschäftigte sich bis dahin vor allem mit der Forderung nach der vollständigen Streichung des §175 des Strafgesetzbuches, der mann-männliche sexuelle Beziehungen unter Strafe stellte. Leitziele wie die sexuelle Freiheit und die Akzeptanz der sexuellen Orientierung, womit hauptsächlich die schwule Identität gemeint war, prägten die damaligen Aktivist_innen.

»Gay-Pride« wird bislang durch die weiß-dominierten schwul(-lesbisch)en Organisationen veranstaltet. Bei dieser Veranstaltung, die ursprünglich emanzipatorisch konzipiert war, wird »oft« auf die Partizipa-

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

tion von Queers of Color verzichtet. Zudem wurden in bisherigen CSDs rassistische Kampagnen verdeckt oder offen bzw. wissend oder unwissend gefördert und rassistische Ausschlüsse reproduziert, weshalb 2010 die Queer-Theoretikerin Judith Butler den Zivilcourage-Preis der offiziellen CSD-Organisation ablehnte (vgl. dazu ausführlich Suspect, 2010b).

In der Woche des CSD berichten die etablierten Medien regelmäßig speziell über homophobe bzw. schwulenfeindliche Vorfälle und tragen so zur öffentlichen Aufmerksamkeit für die Großveranstaltung bei, deren Organisator_innen von der Notwendigkeit einer »politischen« Mega-Party überzeugt ist:

> »Tatsächlich bringt die *taz* zum Berliner CSD Jahr für Jahr Artikel mit einer eher global-strategischen Perspektive auf das lokale Geschehen. So erinnerte das Blatt am Vorabend des Umzugs 2010 angesichts einer angeblich steigenden Zahl von Übergriffen junger Männer mit ›Migrationshintergrund‹ auf Besucher des schwulen Amüsierviertels im Stadtteil Schöneberg an das Schicksal einer anderen ›Minderheit‹, die ›es stets verstand, Nischen zu suchen – am Ende wurde sie doch zum Opfer‹« (Yılmaz-Günay &Wolter, 2013, S. 60f.).

Derartige Berichte unterstützen nicht nur die Verbreitung des antimuslimischen Rassismus, der dieses Mal von weißen schwulen Organisationen ausgeht, sondern verstärken auch die Konstruktion eines vermeintlichen Gegensatzes zwischen Schwulen und Muslim_innen, die einander fremd seien und sich ablehnend gegenüberstehen würden.

Auch wenn die CSD-Veranstalter_innen ihre Offenheit für eine plurale Gesellschaft virtuell äußern (vgl. die Internet-Präsenz des CSD-Vereins), gelingt es ihnen nicht, diese tatsächlich zu realisieren. Spätestens seit Judith Butlers öffentlicher Ablehnung des Zivilcourage-Preises wurde die Kritik an den CSD_Veranstalter_innen lauter: Die Aufforderungen, rassismuskritisch zu sein und sich mit eigenen Privilegien als Angehörige der weiß-deutschen Gesellschaft auseinanderzusetzen, wurden dennoch mit dem Argument abgelehnt, dass (auch weiße) Schwule einer Minderheit angehören würden, die homophoben Diskriminierungen ausgesetzt sei.

Weitere Kritiken basierten auf dem immer kommerzielleren Charakter einer politisch entstandenen Bewegung, die sich auf einen Ur-

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

sprung im New Yorker Stonewall-Aufstand von 1969 beruft, der von Betroffenen nicht nur homophober, sondern auch rassistischer, transphober und klassenspezifischer Diskriminierung ausging (vgl. zu Stonewall, 1969: Voß & Wolter, 2013, S. 28–32). Weil sich die Ziele und Inhalte des Berliner CSD von dem politischen Ziel der Stonewall-Proteste immer mehr entfernten und sich die Großveranstaltung im Juni jedes Jahres zu einer pink-wirtschaftlichen Party verwandelte, standen die Kritiken und Forderungen mehrerer Queer-Organisationen im Mittelpunkt. Laut ihnen sollte der CSD wieder politische Themen aufgreifen. Die CSD-Veranstalter_innen nahmen diese Kritiken auf und entschieden sich im Jahr 2014, die »CSD-Party« in »Stonewall« umzubenennen. Durch die Namensänderung konnte allerdings nicht das gewollte politische Ziel erreicht werden. Die Veranstaltung blieb nicht nur eine reine Mega-Party, sondern setzte ihre Aus- und Abgrenzungspraktiken fort: An der Gestaltung der »Party« beteiligten sich Organisationen von Queers of Color und Schwarzen weiterhin nicht. Das Anti-Gewalt-Projekt *LesMigraS* der Berliner Lesbenberatung e. V. problematisierte in einem öffentlichen Statement nicht die Umbenennung des CSD, sondern die gleich gebliebenen Ausschlussstrukturen bei der Vorbereitung und der Realisierung des neuen Berliner Stonewall. In dieser Erklärung wurde deutlich gemacht, dass die Politik mehr als ein Name ist und deshalb mit der Umbenennung auch Machtstrukturen geändert werden sollten. *LesMigraS* erinnert die CSD-Veranstalter_innen deshalb an den ursprünglichen

> »[Stonewall-]Aufstand gegen rassistische, trans*diskriminierende, klassistische und homophobe Polizeigewalt. Bei Stonewall waren vor allem Trans*, Drag Queens, LSBTI of Color und Sexarbeiter_innen beteiligt. Stonewall war ein Straßenkampf, in dem es nicht nur um die Anerkennung von gleichen Rechten ging, sondern ein radikales Zur-Wehr-Setzen gegen alltägliche Gewalt. Bei Stonewall ging es um Mehrfachzugehörigkeiten und Mehrfachdiskriminierungserfahrungen. Wer sich den Begriff Stonewall zu Eigen macht, muss an diese Geschichte anknüpfen. Um den Namen ›Stonewall‹ zu tragen, müsste der Berliner CSD sich unserer Ansicht nach mit den eigenen rassistischen, klassistischen und trans*diskriminierenden Ausschlüssen auseinandersetzen, sich gegen Polizeigewalt engagieren, sich mit Mehrfachdiskriminierung beschäftigen

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

> und bereit sein, dafür auch auf die Straße zu gehen – an mehr als einem Tag im Jahr. Ein Engagement gegen Homophobie und Trans*diskriminierung ist ohne eine antirassistische und antiklassistische Perspektive und Praxis überflüssig. Wenn sich der Berliner CSD in Stonewall Parade umbenennt, ohne sich auf diese politischen Kämpfe zu beziehen, dann wird ein weiteres Mal Stonewall als Geburtsstunde der Lesben- und Schwulenbewegung vereinnahmt« (LesMigraS, 2015).

LesMigraS – ein Projekt für und von lesbischen, trans* wie bisexuellen Migrant_innen und von Schwarzen lesbischen und bisexuellen Frauen – verdeutlicht in diesem Statement auch die Unsichtbarmachungspolitik des Berliner CSD-Vereins: Diese Politik sei demnach nicht nur durch die Vereinnahmung der Widerstandsgeschichten von Betroffenen rassistischer, trans-diskriminierender und klassenbestimmter Machtverhältnisse gekennzeichnet, sondern auch durch die Auslöschung dieser (Widerstands-)Geschichten in der gegenwärtigen Erinnerungskultur, die sich in den bisherigen CSD-Paraden etabliert hat. Eine weitere zentrale Kritik ist, dass nicht die Betroffenen der mehrdimensionalen Diskriminierungen im Mittelpunkt der (neuen) Stonewall-Parade stehen, sondern die Anderen, die im Gegenteil privilegiert sind, Politiken, Informationen, Diskurse und (neue) Definitionen herzustellen und diese durchzusetzen.

Ein Beweis dafür, dass bestimmte Bereiche von Schöneberg zum Schwulen- bzw. Regenbogenkiez geworden sind, ist das lesbisch-schwule Stadtfest, das vom *Regenbogenfonds der schwulen Wirte e. V.* jährlich veranstaltet wird und die (vor allem) schwule Sichtbarkeit auf die Spitze treibt. Am Motzstraßenfest nehmen jedes Jahr zahlreiche Vereine, Institutionen und Gewerkschaften teil, um gemeinsam ein Zeichen gegen Homophobie zu setzen. Das weitere Ziel des Stadtfestes ist die Repräsentation aller unterdrückten LSBTIQ*-Personen, die auf dem Stadtfest sich selbst vertreten, darstellen und ihre rechtliche, gesellschaftliche und politischen Belange behaupten sollen. Die Geschichte des Stadtfestes zeigt aber deutlich, dass dieses Ideal trotz des guten Willens nicht realisiert wird. So berichtete Queer.de am 31. Mai 2015, »dass [es] 23 Jahre gedauert [hat], bis das schwul-lesbische Stadtfest in Berlin zum ersten Mal ein Frauenmotiv auf dem Plakat zeigt« (Queer.de, 2015).

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Abb. 2: Plakat vom lesbisch-schwulen Stadtfest aus dem Jahr 2015

Dieser erste Schritt, auch die lesbische Identität offensichtlich zu repräsentieren und ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen, wurde zunächst von mehreren LSBTIQ*-Organisationen begrüßt, denn auf dem Plakat war ein sich küssendes Frauenpaar abgebildet. Kritisiert wurde jedoch, dass das Paar, das als lesbisch wahrgenommen werden sollte, mit kul-

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

turalistischen und rassistischen Markierungen abgebildet wurde. Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB) hieß zwar in seiner Stellungnahme die Absicht der Organisatoren gut, weil sie sich mit diesem Plakat und mit dem Slogan »Gleiche Rechte für Ungleiche« für eine Stadt der »Vielfalt« einsetzen wollten. Kulturalisierend war aber vor allem die Abbildung einer der beiden Frauen, der ein Kopftuch aufgesetzt wurde, damit die Betrachter_innen sie als »muslimisch« wahrnehmen konnten. Auch durch die arabische Übersetzung des Slogans vermittelte das Plakat die (imaginierte) Religionszugehörigkeit der kopftuchtragenden Lesben. Denn die Wahrnehmung der arabischen Schrift kann schnell die Verbindung zur arabischen bzw. muslimischen Welt herstellen. In seiner Stellungnahme (hinter)fragte der Migrationsrat Berlin-Brandenburg deshalb die Bild- und Repräsentationspolitik des Veranstalters des Stadtfestes. Demnach kann der *Regenbogenfonds e. V.* mit seinen (Plakat)Aktionen nicht die Menschen repräsentieren, die bei der Gestaltung und Vorbereitung dieser Aktionen nicht mit einbezogen wurden:

> »Wir gehen davon aus, dass es die Intention des Regenbogenfonds gewesen ist, durch die vermeintlich diversere Darstellung von Menschen auf dem Plakat Menschen und Communities zu erreichen, die bisher auf dem Stadtfest nicht oder nur wenig repräsentiert waren. Hätten die oben genannten Migrant_innenselbstorganisationen, Gruppen und Vereine wirklich ernsthaft an der Planung (z. B. des Plakats) partizipieren können, hätte das Stadtfest womöglich wirklich den Zugang zu anderen Communities erlangt« (MRBB, 2015).

Kreuzberg und das Ende der Trans*genialen

Ähnlich wie in Nord-Schöneberg, wo der LSVD und das Schwule Überfalltelefon Maneo ihre zivilgesellschaftlichen Kampagnen und Projekte – meistens zuungunsten der als homophob lancierten »muslimischen« Migrant_innen – durchführen, entwickeln sich auch in Berlin-Kreuzberg homonationalistische Ereignisse, die Jin Haritaworn in einem seiner Aufsätze als »sexuelle Spektakel von Kiez und Nation« bezeichnet (vgl. Haritaworn, 2009, S. 41ff.).

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Als eine Gruppe von Drag-Kings im Juni 2008 während eines Festivals für Drags von einer mutmaßlich »türkischen« Gruppe angegriffen wurde, wurden die (antimuslimischen) Thesen von LSVD und Überfalltelefon Maneo auch in Kreuzberger Queer-Gruppen re-aktualisiert und medial verbreitet. Nach diesem Vorfall »fühlten« sich weiße Queer-Gruppen und Personen durch die »türkischen« Jugendlichen in Kreuzberg bedroht. Einen Tag nach dem Gewaltvorfall an den Drag-Kings konnten sie Tausende von Menschen gegen »migrantische« Homophobie mobilisieren und in dem »migrantischen« Kiez unter dem Motto »Smash Homophobia!« die Regenbogenfahnen hochhalten. Jin Haritaworn problematisiert zu Recht sowohl die lesbisch-schwulen Reaktionen als auch die linke Berichterstattung über diesen Vorfall mit dem Argument, dass wieder der Diskurs über die Homophobie der »Anderen« gepflegt wurde – und dieses Mal nicht nur mithilfe von Studien des LSVD oder von Maneo, sondern auch durch »linke-queere« Moralpanik und Alarmierung gegen gewaltvolle »migrantische« Homophobie (Haritaworn, 2009, S. 45).

Hinsichtlich der Stadtteilpolitik, in die nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch Vereine, Organisationen, Gewerbe und Wohnbaugesellschaften sowie politische Parteien involviert sind, setzte die vermeintliche »Anti-Homophobie-Demonstration« in Kreuzberg ein deutliches Signal gegen die »migrantischen« Anwohner_innen, die seit Generationen in Berlin-Kreuzberg mit unterschiedlichen marginalisierten Bevölkerungsgruppen leben und gleichzeitig mit rassistischen Zuschreibungen diffamiert werden. Auch diese Demonstration lässt sich als Ausdruck einer homonationalistischen Dominanzgesellschaft verstehen. In seiner Beobachtung und Analyse zeigt Haritaworn analog zum weiß-feministischen Emanzipationsdiskurs auf, wie sich der Repräsentationsanspruch weiß-linker »queerer« Gruppen darstellt (vgl. ebd., S. 60). In diesem Zusammenhang spricht auch Gabriele Dietze von einer Ethnisierung und Orientalisierung der Homophobie in weiß-linken Queer-Gruppen in städtischen Räumen wie Berlin-Kreuzberg (Dietze, 2009, S. 44). In Anbetracht dieser Demonstration und früherer Kampagnen von lesbisch-schwulen Organisationen kann der »Kampf gegen Homophobie« als »Kampf« gegen »migrantische« Bevölkerungsgruppen übersetzt werden, die im Namen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung andauernd damit konfrontiert sind,

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

sich entweder als schwulenfreundlich zu offenbaren und damit von homophoben Vorfällen öffentlich zu distanzieren oder aber die Konsequenzen ihrer »orientalischen« Homophobie zu tragen.

Ein Argument gegen die pauschalisierende Behauptung »orientalischer« Homophobie ist, dass Kreuzberg nachweislich einer der wenigen Orte der Bundesrepublik ist, an dem tatsächlich Menschen unterschiedlicher sexueller, geschlechtlicher sowie sozio-kultureller Identitäten miteinander leben. Auf dem ehemaligen *Transgenialen Christopher Street Day* (TCSD), der zwischen 1997 und 2013 jährlich in Kreuzberg veranstaltet wurde, protestierten die Teilnehmer_innen und Organisator_innen gemeinsam mit den Anwohner_innen des europaweit bekannten Kreuzberger Kiezes *SO36* gegen jegliche Form von rassistischen, transfeindlichen und homophoben Diskriminierungen, und sie kritisierten die immer kommerzieller gewordenen großen CSD-Feierlichkeiten, bei denen nicht alle geschlechtlichen und sexuellen Identitäten repräsentiert werden, sondern eine »Über-Normalisierung« einer weißen schwulen Sichtbarkeit angestrebt wird. Auch wenn heute der TCSD nicht mehr stattfindet, sind die Ursachen für dessen Auflösung vielmehr auf die Diskussion über neuen Rassismus innerhalb des Organisationsteams zurückzuführen.

Der Südosten Kreuzbergs ist seit spätestens dem Anfang der 1980er Jahre ein Ort, an dem mehrere Kneipen und Bars betrieben werden, die in erster Linie alle Queers ansprechen und aber für andere Menschen des Stadtteils und der Stadt offen sind. Als ein konkretes Beispiel für solche Orte kann zunächst der Nachtklub *SO36* in der Oranienstraße genannt werden. Dort findet monatlich die Veranstaltung *Gayhane* bzw. *House of Halay,* eine Party für Queers of Color und ihre Freund_innen, statt. Auf der Internetpräsenz heißt es:

> »GAYHANE ist längst über die Grenzen der Stadt bekannt und findet bereits in vielen großen Städten Nachahmer. Seit nun fast 8 Jahren begegnen sich Lesben, Schwule, Transen und deren Freunde auf dem HomoOriental Dancefloor, den die DJ's Ipek, mikki_p, Khandan und Ceto mit türkischer, arabischer, aber auch griechischer und hebräischer Popmusik gestalten. In einer Mischung aus morgen- und abendländischen Klängen und Temperamenten entwickelt sich sehr schnell eine stimmungsvolle Party, deren Flair durch die phantasievolle Verwandlung des Veranstaltungsortes in ein orientalisches Festzelt untermalt wird« (Gayhane, 2016).

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Ein weiteres Beispiel für die Orte für und von Queers of Color und ihre Freund_innen ist das Café *Südblock* am Kottbusser Tor, das in der mittelständischen Mehrheitsbevölkerung immer noch als sozialer Brennpunkt Berlins gilt und aufgrund anderer marginalisierter Szenen wie der der »Junkies« für skandalisierende Berichte in Mainstream-Medien sorgt. Das Café *Südblock*, das sich fast in der Mitte der Marginalisierten befindet, setzt permanent politische Themen bezüglich des Rassismus, der Transdiskriminierung, der Homophobie und sozioökonomischer Ungleichheiten und fordert nicht nur seine Gäste, sondern auch Nachbar_innen auf, ein Zeichen gegen die Polarisierung der Kreuzberger_innen in Form von »Queers vs. Migrant_innen« zu setzen. Das Café ist zudem benachbart mit der Initiative *Kotti & Co – die Mietergemeinschaft vom Kottbusser Tor in Berlin Kreuzberg,* die sich seit 2011 gegen Mieterhöhungen, Verdrängung und für die Erhaltung bezahlbarer Wohnungen engagiert. Das Verhältnis zwischen *Kotti & Co* und *Südblock* ist durch die solidarische Nachbarschaft gekennzeichnet, in der das Café für die Protestveranstaltungen und andere Aktivitäten der Initiative Räume und Öffentlichkeit zur Verfügung stellt. Zu der Initiative gehören Personen, die sich nicht unbedingt als eine homogene Gruppe verstehen, dennoch ein gemeinsames Ziel verfolgen. Von *Kotti & Co* fühlen sich nicht nur Migrant_innen, Migrantisierte, Queers oder weiße Linke angesprochen, sondern auch andere Einwohner_innen, die um bezahlbare Wohnräume kämpfen und sich mit benachteiligten Gruppen zusammenschließen. Auch wohnungslose Menschen finden bei *Kotti & Co* Gehör und Raum, in dem sie willkommen geheißen und nicht zum (unnützen) Anderen gemacht werden.

In den öffentlichen Diskussionen um Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft der Bundesrepublik werden diese demographischen Gegebenheiten entweder ignoriert oder verleugnet, weil sie nicht der Legitimation von vorherrschenden anti-migrantisch und rassistisch geprägten (schwulen) identitätspolitischen Diskursen dienen.

Dieser Teil von Kreuzberg, der auch als »küçük İstanbul«, also Klein-Istanbul, bekannt ist, wird oft als »No-go-Area« für Schwule und Lesben problematisiert bzw. zum Gegenstand der »orientalischen« Homophobie-Diskurse gemacht.

Die seit 2006 regelmäßig stattfindende *Kiss Kiss Berlin*-Aktion von Maneo ist als gutes Beispiel für die Träger_innen derartiger öffentlicher

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Debatten zu verstehen. Laut den Veranstaltern soll die *Kiss Kiss Berlin* an »*symbolischen*« *Orten* der Hauptstadt, wie Neukölln, Kreuzberg und Wedding, ein Zeichen gegen Homophobie setzen, von der laut Maneo mehrheitlich (weiße) Schwule betroffen sind. Das Datum dieser Aktion, der 17. Mai, ist mittlerweile dafür bekannt, dass die Generalversammlung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 1990 die Homosexualität von der Liste psychischer Krankheiten gestrichen hatte. Die Streichung der Homosexualität als Krankheit wird unter anderem mit der genannten Berliner Aktion gefeiert. Deren Ziel ist außerdem, so die Organisatoren, die »Toleranz« und Akzeptanz schwuler Sichtbarkeit mit Unterstützung durch zahlreiche nicht-staatliche Organisationen und von im Abgeordnetenhaus vertretenen Politiker_innen in bestimmten – als homophob deklarierten – Stadtteilen durchzusetzen.

Die in den vergangenen Jahren durchgeführten Studien, die die Homophobie der ausgewählten »symbolischen« »anatolisierten bzw. orientalisierten« Orte zu belegen versuchen, sowie die Zusammenarbeit von weiß-schwul dominierten Gewerben, Organisationen und prominenten politischen Persönlichkeiten produzieren eine Mehrheitsmeinung, die rasant zum Allgemeinwissen der weißen mehrheitsdeutschen Gesellschaft wird.

> »Unterstützt von Mitgliedern des Berliner ›Toleranzbündnisses‹, dem bereits 130 Unternehmen, Events und Einrichtungen angehören, veranstalten wir in diesem Zeitraum jedes Jahr zahlreiche Aktionen in Berlin; im letzten Jahr waren es bereits 30. Gemeinsam setzen wir als ›Gay-Straight-Alliance‹ sichtbare Zeichen, treten ein für ein buntes und weltoffenes Berlin, für gesellschaftliche Toleranz und Vielfalt, stellen uns gegen Rassismus, Homophobie, Transphobie – gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Mit unseren Aktionen wollen wir Menschen erreichen, interessieren und mitziehen« (Maneo, 2015).

Auch wenn sich Maneo in den letzten Jahren bemüht, auch das Wort Rassismus in seinen Werbetexten, Plakaten und Kampagnen zu artikulieren, misslingt es dem Projekt dennoch, in seinen Kampagnen gegen Homophobie und Transdiskriminierung rassismuskritisch vorzugehen. Die *Kiss Kiss Berlin*-Aktion 2015 wiederholte die Ignoranz

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

der schwulen Sichtbarkeitspolitik und versuchte erneut, die Homophobie zu orientalisieren. Die ausgewählten Orte, an denen die Aktion stattgefunden hat, sollen nach der Meinung der Initiatoren die Orte der Homophobie und der Transdiskriminierung symbolisieren. Die Berliner Bezirke bzw. Stadtteile wie Kreuzberg, Neukölln und Wedding, die von den Organisatoren als »repräsentative« Orte bezeichnet werden, sind von der Geschichte der Arbeitsmigration und von der Gegenwart der Kinder und Enkelkinder der Arbeitsmigrant_innen geprägt. Die Antworten auf die Fragen danach, wer oder welche Gruppen hier repräsentiert werden, bleiben in den Ankündigungstexten der Aktion schleierhaft. Hier handelt es sich zusätzlich um die Einordnung der Homophobie und der Transdiskriminierung am Beispiel der Arbeitsmigrant_innen und von deren Nachwuchs, die nicht nur orientalisiert, sondern auch zu einer »Klasse« gemacht werden. Auch die Organisationen von und für Queers of Color, wie GLADT e. V. (Gays and Lesbians aus der Türkei), sowie der MRBB fühlen sich von dieser Aktion überrumpelt. In der Stellungnahme vom 17. Mai 2015 zur *Kiss Kiss Berlin* kritisiert GLADT e. V. Maneo für dessen ignorantes Vorgehen:

> »Ganz praktisch bereitet uns diese Aktion Bauchschmerzen, und zwar aus mehreren Gründen. Vor allem in Kreuzberg, wo viele verschiedene Communities und Szenen zusammenfließen und dadurch einen sehr vielfältigen und spezifischen Sozialraum bilden, mutet die Maneo-Aktion geradezu grotesk an: Eine weiße, cis-männlich-dominierte, schwule Organisation wirft hier einen Hilfeballon für eine bessere Welt ab, ohne mitzudenken, dass hier lokale Aktivist*innen schon seit Jahren communitybasierte Antidiskriminierungsarbeit leisten. Diese wurden nicht einmal eingeladen. Das ist nicht nur arrogant, sondern vor allem respektlos! Wir kritisieren Maneos Vorgehen! Wir leben in einer Gesellschaft, die rassistisch, diskriminierend, homophob und trans*diskriminierend ist, und wir verurteilen Gewalt und Diskriminierung zutiefst.
>
> Wir empfinden es als Schlag ins Gesicht, dass sich Maneo auf Übergriffe an Orten konzentriert, an denen wir durch Kontaktaufnahme, Zuhören, Fragen beantworten, Fragen stellen, sich hineinversetzten, mal lachen und mal streiten in den letzten Jahren so viel erreicht haben. Wir leben in Kreuzberg und Wedding, dies ist keine Kurzzeit-Bühne für Maneos einstündige Inszenierung von farbenfroher Weltoffenheit. Im

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

> Gegenteil gefährdet die Maneo-Aktion die Beziehungsarbeit zu unseren Nachbar*innen und stellt sie auf die Probe« (GLADT, 2015).

Die schwule Dominanz setzt sich nicht nur in Schöneberg und Kreuzberg, wie bisher dargestellt, sondern auch im Norden von Neukölln durch, der als einer der größten sozialen Brennpunkte der Republik bekannt ist. Die Geschichte Nord-Neuköllns ist nicht nur von Migrationsbewegungen geprägt, sondern auch durch den ungleichen Zugang zu Wohnraum, Arbeitsplätzen, Schulen sowie den öffentlichen Orten, an denen die Diskussionen um die Erfolge und Misserfolge sowie die Integrationswilligen und -verweigerer kontinuierlich geführt werden. Diese Diskussionen, die in und über Neukölln herrschten, zielten auf eine klare Dichotomisierung der Gesellschaft in »Muslim_innen und Deutsche«, »Muslim_innen und Homosexuelle« etc. Der Beitrag der schwulen Sichtbarkeitspolitik in Neukölln zu dieser Polarisierung hat hierbei besondere Auswirkungen auf den Stadtteil, der sich seit Anfang der 2010er Jahre in einem rasanten Gentrifizierungsprozess befindet.

Neukölln: Vom »orientalischen« zum »Schwulenkiez«

Was an den Kreuzberger und Schöneberger Beispielen für Gentrifizierung und die Verwandlung dieser Stadtteile vom »orientalischen Anatolien zum okzidentalen Schwulenkiez« beispielhaft aufgeführt wurde, lässt sich in den 2010er Jahren auch im Berliner Stadtteil Nord-Neukölln beobachten. Er unterscheidet sich von Süd-Neukölln hinsichtlich der demographischen Strukturen. Im Gegensatz zum Norden kann der Süden Neuköllns als kleinbürgerlich, mittelständisch, weiß, familiär und heteronormativ bezeichnet werden (vgl. Loy, 2013). Statt der Mietshäuser ist dieser Teil des Bezirkes mehr von privaten Reihenhäusern dominiert. Die Anzahl der Stimmberechtigten an den Parlaments- und Kommunalwahlen in Süd-Neukölln ist deutlich höher als im Norden. Nord-Neukölln war als ein Stadtteil von »Arbeitslosen, Alkoholiker_innen, Junkies, Kriminellen und Migrant_innen«, überwiegend aus arabischen Ländern und der Türkei, bekannt. Die Bezeichnung »Sozialer Brennpunkt« wurde als Synonym für Nord-Neukölln verwendet. Mit dieser Region wird nicht nur die migrantische

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Bevölkerung assoziiert, sondern auch »Asozialität bzw. Schmarotzertum«. Im Gegensatz zum Norden leben in den südlichen Regionen wie Rudow, Buckow und Britz zumeist erwerbstätige, steuerzahlende Mehrheitsdeutsche, die »selbstverständlich« stimmberechtigt über das Leben der Nord-Neuköllner_innen bestimmen.

Der ehemalige »soziale Brennpunkt« Berlins, also Nord-Neukölln, wurde spätestens mit der Schließung des Tempelhofer Flughafens und der Zugänglichmachung des Flugfeldes für die Öffentlichkeit unter dem Namen »Tempelhofer Freiheit« 2010 ein attraktiver Ort für Student_innen, Künstler_innen, Wissensproduzierende und linke Gruppen, die sich gegen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie einsetzen wollen. Die spürbaren und sichtbaren demographischen und architektonischen Veränderungen ließen sich am Auftreten neuer Personengruppen, am Auftauchen von Kunst- und Schutzräumen von und für Queers sowie neuen Kneipen, Galerien, Bio-Märkten, Sportstudios und Discos für – vor allem – Schwule beobachten. Als das alte »SchwulenZentrum«[13] (heute »SchwuZ«) seinen Umzug von Kreuzberg nach Nord-Neukölln bekanntgab, wurde dies in den Berliner Printmedien und Online-Nachrichtenportalen mit großer Besorgnis thematisiert. Ein Bericht in der *Berliner Morgenpost* über den Umzug befand, »die Sache hat sozusagen nur einen Haken« (Kittel, 2013):

> »Die ehemalige Kindl-Brauerei liegt in einem Viertel, über das Zeitungen noch vor zwei Jahren die Überschrift schrieben: ›Wohnen, wo niemand wohnen will‹ – auch wenn das ein Text über ein gelungenes Integrationsmodell war. Denn dieser Kiez rund um die Hermann-, Karl-Marx-, Flughafen- und Rollbergstraße ist eben nicht nur für Integrationsprojekte bekannt, sondern für eine hohe Rate an Analphabeten, an Eltern, die lieber ihre Sozialhilfe in Alkohol als in die Ausbildung der Kinder investieren, und soziale Spannungen zwischen verschiedenen Migrantengruppen« (ebd.).

13 Das SchwulenZentrum (SchwuZ) wurde 1977 durch die Initiative der »Homosexuellen Aktion Westberlin« als ein Treffpunkt für emanzipatorisch-aktivistische Schwule in Berlin-Schöneberg gegründet. Für ausführlichere Informationen siehe die Webseite des Vereins (vgl. SchwuZ, 2015).

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Obwohl sich die Vertreter des »SchwuZ« von den Vorannahmen der Presse und der Politik – kurz gesagt: von der vorherrschenden Meinung, es gebe viel Homophobie in Nord-Neukölln – distanzierten, wurde in den Medien vor den Gefahren für Homosexuelle im Kiez weiterhing »vorsichtig« gewarnt. Auch im Zusammenhang mit diesem Umzug wurde eine »urbane Panik« (vgl. Tsianos, 2013) durch die Konstruktion von »gewaltvoller Homophobie« seitens »migrantischer« Jugendlicher aufrechterhalten. Um diese urbane Panik zu rechtfertigen, interviewte der Reporter Sören Kittel für die *Berliner Morgenpost* Gilles Duhem, einen Mitarbeiter eines Jugendbildungsprojekts vom Rollbergkiez, und berichtete anhand dessen über mögliche »schwulenfeindliche« Auseinandersetzungen im Kiez:

> »Dass aber auch Gewalt hier im Kiez vorkommt, könne er sich schon vorstellen. Sollte das geschehen, so hofft Gilles Duhem, dass dann sofort die Gegenreaktion greife: ›Polizei, Anzeige, Verurteilen, Knast – dann sehen die, dass ihr Verhalten in Berlin nicht funktioniert.‹ Duhem macht sich aber um die ›SchwuZ‹-Gäste wenig Sorgen: ›Die können auch im Zweifelsfall gut zurückschlagen, sind ja nicht wenige‹« (Kittel, 2013).

Im Zeitraum vor und nach dem Umzug des *SchwuZ* wurden in den erwähnten neuen Räumen für und von Queers in Neukölln auch diverse Veranstaltungen zur Situation von Homosexuellen in Nord-Neukölln durchgeführt. Im Sommer 2012 organisierte der Neuköllner Bezirksverband der Partei Die Linke eine Diskussionsveranstaltung mit Neuköllner_innen zur Frage: »Ist Neukölln homophober als Schöneberg?« Das Ziel dieser Veranstaltung war es, offen über Homophobie im »migrantischen« Nord-Neukölln zu reden und »Lösungsmöglichkeiten« zu finden, um »miteinander« zu leben (vgl. Die Linke/Bezirksverband Neukölln, 2012). Eine weitere, ähnliche Diskussionsveranstaltung wurde in einer Queer-Kneipe in der Nähe des Rathauses Neukölln zur Frage: »Wie queer ist Neukölln?« organisiert. Im Ankündigungstext hieß es: »Gemeinsam mit euch möchten wir darüber diskutieren, wie wir eine positive Kiezentwicklung und ein respektvolles Zusammenleben aktiv gestalten können« (vgl. Bündnis 90/Die Grünen, 2013).

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Sowohl das Interview mit dem oben erwähnten Gilles Duhem als auch die Berichterstattung zum Umzug des »SchwuZ« sowie diese und ähnliche Veranstaltungen über »queere« Verhältnisse und Kiezentwicklungspolitik in Neukölln belegen einerseits die Polarisierung der Gesellschaft in »Wir« (die »homofreundliche« Nation) vs. »Sie« (die »homophoben« Migrant_innen). Andererseits werden Ungleichheitsverhältnisse (zu viele Kinder, zu viel Alkohol, zu viele Arbeitslose usw.) so verkehrt, als würden sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sich die Zugänge zu besseren Lebensmöglichkeiten selbst blockieren, weswegen sie unter anderem »homophob« werden würden.

Moschee: nur was für Heteros[14]

Der Verein *Leadership Berlin* unternahm im November 2014 einen Versuch, eine der bekanntesten Berliner Moscheen in Nord-Neukölln mit einer Gruppen von Lesben und Schwulen zu besuchen. Der Besuch der Moschee sollte durch *Leadership Berlin* im Rahmen eines Toleranz- und Akzeptanzprojektes *meet2respect* in Kooperation mit der Şehitlik- Moschee, dem Völklinger Kreis – Berufsverband schwuler Führungskräfte – und dem LSVD stattfinden. In der Şehitlik-Moschee können in der Regel Führungen mit mittelgroßen Gruppen ab sieben Personen durchgeführt werden. Dabei werden die Moschee und ihre Geschichte vorgestellt und mögliche Fragen zu Islam und Koran beantwortet. Die Moschee-Vertreter_innen begegneten dieser Anfrage anfänglich positiv und beabsichtigten auch, einen Termin zu vereinbaren. Als die Interessierten *meet2respect* und LSVD dann jedoch um Erweiterung der Moscheeführung mit einer Diskussionsveranstaltung in den Gebetsräumen der Moschee baten bzw. auf dieser bestanden, lehnten die Moscheevertreter_innen diesen »Wunsch« mit ihrerseits nachvollziehbaren Argumenten ab: Die Moschee kann nicht als ein Veranstaltungsort verwendet werden, weil sie in unterschiedlichen Zeiten des Tages als Gebetsraum benutzt wird, und dies habe Vorrang vor einer Diskussionsveranstaltung. Die Absage der Moschee bezog sich, wie kurz dargestellt, nur auf den Veranstaltungsort. Eine Begegnung mit den

14 Artikel in der *taz* vom 16.11.2014 (Wierth, 2014).

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – (cc) BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

Interessierten wurde weder ausgeschlossen noch problematisiert. Die Moscheevertreter_innen waren dafür, die Diskussionsveranstaltung an einem anderen Ort, an dem nicht unbedingt gebetet wird, durchzuführen. Trotz der Alternativvorschläge skandalisierte der LSVD die »Absage« der Moschee medial und blendete die Hintergrundgespräche unter den Beteiligten aus. Die Skandalisierung dieser »Absage« führte in den Mainstream-Medien wieder zur Polarisierung der Menschen in »Homosexuelle« und »Muslim_innen«. Die Einteilung der Menschheit in dieser Form lässt die ironische Frage stellen, ob die Muslim_innen keine sexuelle Orientierung haben würden oder ob sich alle Homosexuellen als nicht-muslimisch verstehen. In der Vergangenheit, im Jahr 2008, gab es beispielsweise eine gemeinsame Stellungnahme des muslimischen Dachverbandes DITIB, dem auch die Şehitlik-Moschee angehört, und anderer muslimischen Organisationen gegen Homophobie und Diskriminierung aller Menschen (vgl. GLADT, 2009).

Aufgrund der Skandal-Berichte, die vom LSVD ausgingen, veröffentlichte die Şehitlik-Moschee am 20. November 2014 eine Pressemitteilung, in der deutlich gemacht wird, dass die Moscheevertreter_innen einen Dialog mit allen anderen Menschen, inklusive Homosexuellen, die sich für Islam und Moschee interessieren, nicht ausschließen. Nicht nur wegen der Skandalisierungs-, sondern auch der Profilierungsversuche des LSVD auf Kosten der Moschee und der (heterosexuell lebenden) Muslim_innen positionierte sich die Moschee gegen ein Treffen mit dem LSVD, aber nicht mit interessierten Homosexuellen:

> »Am 24.11.[2014] werden Vertreter des Landesverbands DITIB Berlin an einer meet2respect-Diskussionsveranstaltung teilnehmen, die im Tagungswerk Jerusalemkirche stattfindet. Diese Veranstaltung tritt an die Stelle an die ursprünglich von Leadership Berlin im Rahmen seines Projektes meet2respect geplante Moscheeführung mit anschließender Diskussion. Der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) hatte sich dieser Begegnung verweigert und beharrt weiterhin auf einer Veranstaltung in der Moschee. Entgegen anders lautenden Bekundungen gibt es allerdings keine konkreten Planungen oder gar einen Termin für eine Moscheebesichtigung. Wir sind allerdings gerne bereit zur Fortsetzung des Dialoges im Rahmen von meet2respect. Damit unsere Offenheit nicht für eigene Profilierung missbraucht wird, haben wir keinen ver-

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

bindlichen Termin zugesagt. Wir können es nicht verstehen, warum sich der Verband über unsere Moschee profilieren und die Begegnung, die uns so wichtig wäre, politisch ausschlachten möchte. Deshalb wollen wir von weiteren Gesprächen mit dem LSVD Abstand nehmen und dessen Kommunikationsverhalten auch nicht weiter kommentieren« (Şehitlik-Moschee, 2014).

Muslim_innen vs. Homosexuelle

Um zurück zu dem einleitenden Zitat dieses Kapitels zu kommen, kann an dieser Stelle noch einmal auf die Polarisierung der Gesellschaft in »Muslim_innen vs. Homosexuelle« hingewiesen werden. Solange über zwei Gruppen als Gegensatz gesprochen wird, ist es für eine Gesellschaft nicht möglich, sich für fortschrittlich zu halten. Das Zitat macht deutlich, dass nach der weiß-hegemonialen Meinung unter Muslim_innen entweder keine Homosexuellen existieren oder diese von Muslim_innen prinzipiell nicht akzeptiert werden. Diese Art des Redens und Handelns der weiß-dominanten schwulen Organisationen, der Politik, der Medien und großer Teile der sich für »aufgeklärt« haltenden Gesellschaft muss in diesem und anderen wissenschaftlichen, sozialarbeiterischen wie bildungspolitischen, schriftlichen wie narrativen Beiträgen thematisiert, problematisiert und im besten Fall skandalisiert werden, um die Ausschlüsse und Ungleichheitsverhältnisse in einer Gesellschaft sichtbar, hörbar und kritisierbar machen zu können. Dadurch könnten sowohl auf Wissenschaft und Politik als auch auf die »Zivilgesellschaft« Einfluss genommen und im idealsten Fall diskriminierungsarme gesellschaftliche Strukturen geschaffen werden.

Konkret kann die Wissenschaft, die sich in Deutschland bisher noch kaum von intersektionalen Ansätzen beeinflussen lässt und die mehrdimensionalen Diskriminierungen – nicht nur aus methodischen Gründen, sondern auch aus der Perspektive eindimensionaler Identitätspolitiken, »hier die Schwulen, dort die Muslim_innen« – nicht ernst nimmt, kritisiert werden.

Die Zivilgesellschaft kann in der Hinsicht ihrer Lobbyarbeit, die sie auf Kosten der »Anderen«, die sie konstruiert, betreibt, aufgefordert werden, sich mit mehrdimensionalen Diskriminierungen auseinander-

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

zusetzen und für bzw. zumindest nicht gegen die mehrdimensional Diskriminierten zu arbeiten.

Zudem soll darauf hingewiesen werden, dass die Hierarchisierung der Diskriminierten bzw. der Betroffenen nicht Hauptausgangpunkt der Lobbyarbeit der Zivilgesellschaft sein sollte. Eine solche eindimensionale zivilgesellschaftliche Arbeit kann mehr dazu beitragen, dass eine Gruppe immer häufiger zur Zielscheibe einer Diskriminierungsform, etwa des antimuslimischen Rassismus, wird. In dieser Situation kann dann die andere Gruppe, die als größeres Diskriminierungsopfer konstruiert wird, diese Form der antimuslimisch rassistischen Diskriminierung stärker fördern, in der Art und Weise der Reproduktion der Argumente für hergestellte Gegensätze.

Dass die Nicht-Regierungsorganisationen in Kooperation mit wissenschaftlichen Institutionen und Universitäten arbeiten, um ihre Arbeit, ihre Anliegen, ihre gesellschaftspolitischen Problematisierungen zu legitimieren, ist aus der Sicht intersektionaler Forschung notwendig und förderlich. Die legitimierbaren Interessen und Anliegen, beispielsweise mehr Fördergelder für die Infrastruktur der Organisationen zu beanspruchen, können im Idealfall vom Staat oder anderen fördernden Institutionen unterstützt werden. Die hier analysierten Studien stellten unterschiedlich diskriminierte Gruppen zunächst aus einer weiß-schwul-lesbischen Perspektive als Konkurent_innen in der Sache des Diskriminiertseins dar. Eine solche Methode der Politik und der (Lobby-)Arbeit kann schließlich einer Gruppe helfen bzw. sie (noch mehr) privilegieren, die als Opfer einer anderen diskriminierten Gruppe präsentiert wird. Die Etablierung der Konstruktion von Tätern als vor allem heterosexuell, jung, männlich und migrantisch kann im schlimmsten Fall durch staatliche Maßnahmen (strenge Integrationspakete), polizeiliche Eingriffe *(racial profiling)* oder ganz einfach durch Besorgnisse (weißer) Bürger_innen zu Rassismus führen, der im Kampf gegen Homophobie, Sexismus und Antisemitismus entweder relativiert oder völlig ausgelassen wird. Dies geschieht auch in der Kooperation zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb

https://doi.org/10.30820/9783837968057-83, am 12.10.2024, 09:35:43
Open Access – BY-NC-ND - https://www.nomos-elibrary.de/agb